

# **Die Juni-Ereignisse 1953**

Vorgeschichte – Verlauf – Wirkungen

THÜRINGER FORUM  
für Bildung und Wissenschaft e.V.  
Jena 2003



Die Juni-Ereignisse 1953.  
Vorgeschichte – Verlauf – Wirkungen

# Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-935850-14-X

Hrsg.:

Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.

Drucktechnische Herstellung:

Jugendwerkstatt Jena

Am Steinbach 15

07743 Jena

# INHALT

---

Vorwort <i>(Manfred Weißbecker)</i>	5
Die DDR – problematische Konsequenz eines revolutionären Prozesses <i>(Eberhart Schulz)</i>	7
Restauration, Westbindung und beginnende Aufrüstung in der Bundesrepublik <i>(Ludwig Elm)</i>	11
Für ein neutrales Gesamtdeutschland. Die Note der Sowjetunion vom 10. März 1952 <i>(Eberhart Schulz)</i>	17
Aufbau des Sozialismus beschlossen. Die 2. Parteikonferenz der SED und ihre Folgen <i>(Eberhart Schulz)</i>	21
Anweisung aus Moskau. Der „Neue Kurs“ <i>(Eberhart Schulz)</i>	26
Die Juni-Ereignisse 1953 <i>(Eberhart Schulz)</i>	31
Die Bundesrepublik und der 17. Juni 1953 <i>(Ludwig Elm)</i>	36
Zwiespältige Nachwirkungen <i>(Eberhart Schulz)</i>	42
Grundursachen und Lehren <i>(Eberhart Schulz)</i>	47
Provokation? Putschversuch? Arbeiterprotest? Volksaufstand? <i>(Jochen Cerný)</i>	53
Literaturauswahl	57



## Vorwort

Das 20. Jahrhundert kennt mehrere bedeutsame, schicksalsträchtige und folgenreiche Tage. Sie bestimmen hauptsächlich jenes Bild, welches in das kollektive Gedächtnis Eingang gefunden hat. Zu ihnen zählen vor allem die an den Beginn der beiden Weltkriege erinnernden Daten, der 30. Januar 1933, der 8. Mai 1945 und der 9. November 1989. Mit diesen allen ist auch der Tag verbunden, der in der vorliegenden Publikation von Mitgliedern und Freunden des *Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V.* behandelt wird. Er jährt sich 2003 zum 50. Male: der 17. Juni 1953.

Die einzelnen Beiträge entstanden nach anregenden, teils aufgeregten Debatten, die bereits im Vorfeld des Jahrestages stattfanden und erkennen ließen, daß – neben einer sehr geringen Zahl ausgewogener Darstellungen – zumeist einseitige, verengte und dem Geschehen mitunter kaum entsprechende Sichtweisen dominieren. Solche Deutungen, von wem auch immer sie stammen, lassen eher auf den politischen Standort der Verfasser schließen als auf eine vorurteilslose Geschichtsbetrachtung. Sie dienen durchweg geschichtspolitischen Bemühungen, sei es im Rahmen des Versuches, die Geschichte der DDR zu „delegitimieren“, sei es als Bestandteil bloßer Rechtfertigungen eines Sozialismus stalinistischen Typs.

Notwendig erscheint den Herausgebern und Autoren daher eine sachliche, aufklärende und möglichst auch emotionslose Darstellung dessen, was geschehen ist und wie es dazu kommen konnte. Abstraktes Moralisieren behindert jede wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der ersten großen Krise der DDR sowie mit der Art und Weise, wie diese in den anschließenden Monaten und Jahren überwunden wurde, ohne indessen grundsätzlich bewältigt worden zu sein. Schonungslos gilt es – darüber waren sich die Autoren einig –, Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen Verantwortung tragender Politiker der SED und der DDR aufzudecken. Doch kann daraus allein nicht zu lernen sein, würden nicht zugleich die Zeitbedingtheit damaligen Denkens und Handelns erfaßt, bliebe unberücksichtigt, von welchen Motiven und politischen Vorstellungen die Handelnden sich leiten ließen, ginge es nicht über leider alltäglich in den Medien zu findende Darstellungen hinaus, die irgendwelchen Schwarz-Weiß-Rastern geschuldet sind.

Zu suchen ist nach einer differenzierten Beurteilung der Ereignisse im Juni 1953, ihrer längerfristigen und unmittelbaren Ursachen, ihrer weit in die gesamte Geschichte der DDR reichenden Folgen. Sie hat die Komplexität des Geschehens in der DDR, in Deutschland und in der Welt zu bemessen, das Besondere zu charakterisieren und in das Allgemeine einzuordnen, das Geschehen des Tages in den Lauf der Geschichte einzufügen. Aus dem vielgestaltigen Geflecht

innenpolitischer Ursachen und äußerer Bedingungen, objektiver und subjektiver Faktoren ergab sich das konkrete Geschehen, dessen Begleiterscheinungen und Nachwirkungen wiederum zu einem Bestandteil des deutsch-deutschen Gegen-einanders in den Jahren des weltweit geführten Kalten Krieges gerieten.

Hier sollen vor allem die Fakten für sich sprechen. Ihre Kenntnis ermöglicht erst ein Urteil, das nicht vorgegeben oder gar vorgeschrieben werden soll. Erst im sicheren Wissen um das Geschehen kann dann der Versuch gewagt werden zu entscheiden, was dieser 17. Juni tatsächlich war: ein konterrevolutionärer, gar faschistischer Putschversuch oder ein Arbeiterprotest, eine Provokation oder eine Streikaktion, ein Volksaufstand oder eine demokratische Ziele erstrebende und die deutsche Zweistaatlichkeit beendende Revolution?

Der Leser mag sich sein eigenes Urteil bilden ...



## Die DDR – problematische Konsequenz eines revolutionären Prozesses

Die Kapitulation der faschistischen Wehrmacht am 8. Mai 1945 besiegelte nicht nur die totale militärische, sondern auch die politische, wirtschaftliche, ideologische und moralische Niederlage des NS-Regimes. Die Zerstörungen, der Hunger, die Obdachlosigkeit der Flüchtlinge und Ausgebombten, die Hoffnungslosigkeit und die fehlende Perspektive warfen zwingend die Forderung auf, einen solchen Weg aus der Katastrophe zu finden, der garantierte, daß sich so etwas nicht wiederholen kann. Zugleich stellte eine so eklatante Niederlage der bisher herrschenden Kräfte *die* Chance für eine radikale Abkehr vom bisherigen Weg, für einen grundsätzlichen Neuanfang, für eine wirklich demokratische Entwicklung dar.

Die Alliierten wollten eine Alternative zum bisherigen Deutschland durchsetzen. Die deutsche Arbeiterbewegung und andere antifaschistisch-demokratische Kräfte hatten Vorstellungen entwickelt, die über den Kapitalismus hinauswiesen. In ganz Deutschland, über die Grenzen von Besatzungszonen und von Parteien hinweg, herrschte – wenn auch unterschiedlich ausgeprägt – die Ablehnung des Monopolkapitalismus vor, gab es Vorstellungen von einer Vergesellschaftung wirtschaftlichen Eigentums, ja sogar von einer (wenn auch manchmal nur zeitbedingten) Wirtschaftsplanung.

Die Durchführung solcher Zielstellungen hätten eine Revolution bedeutet. Aber welche Menschen sollten sie durchführen? Da die Mehrheit des deutschen Volkes den Faschismus bis zum bitteren Ende unterstützt hatte, konnte sich diese Mehrheit nicht befreit, sondern nur besiegt fühlen. Diese Menschen hätten sich grundlegend wandeln müssen. Da es Antifaschismus unter den Deutschen nur vereinzelt gegeben hatte, mußte er ihnen durch die Alliierten „verordnet“ werden. Aber diese Tatsache wiederum provozierte innere Ablehnung und erschwerte den Wandlungsprozeß erheblich. Die notwendige Umwälzung wurde *subjektiv* nur von einer Minderheit von Antifaschisten und manchen Angehörigen der Kriegsgeneration gewollt und durchgeführt, so daß sie in starkem Maße eine „Revolution von oben“ war und wegen anderer Faktoren auch blieb. Ungeachtet dieser Einschränkung war diese Revolution jedoch historisch erforderlich, um den Faschismus mitsamt seinen Wurzeln zu beseitigen, denn nur so konnte dem deutschen Volk die Wiederholung einer Katastrophe wie der eben überstandenen erspart werden. Die Charakterisierung der sich aus der konsequenten Beseitigung des Faschismus ergebenden Maßnahmen als revolutionär bedeutet, daß bisherige Gesetze, Gebräuche, Verhältnisse, Zustände nicht mehr als Norm anerkannt werden konnten, und das war unmöglich, ohne die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu verletzen.

Einer so grundlegenden Umwälzung im gesamten Deutschland standen jedoch von Anfang an erhebliche Hindernisse entgegen. Wohl hatten die Alliierten in den Beschlüssen von Potsdam erklärt, Deutschland als einheitliches Ganzes zu behandeln, doch schlugen die Mächte entsprechend ihrer spezifischen Interessen in den jeweiligen Besatzungszonen eigene Wege ein. Die Sowjetunion verfolgte dabei das Ziel, aus Deutschland Reparationen für den Wiederaufbau ihres Territoriums zu erhalten und vor allem die Garantie, daß Deutschland nicht erneut ihr Land bedrohen könne. Eine Teilung Deutschlands lag nicht in ihrem Interesse. Deshalb strebte sie auch keine sozialistischen Ziele an; eine parlamentarische Demokratie mit antimonopolistischen Elementen hätte ihren Sicherheitsinteressen am besten entsprochen.

In der sowjetischen Besatzungszone vollzog sich folglich eine als antifaschistisch-demokratische Umwälzung bezeichnete Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Ein neuer demokratischer Verwaltungsapparat aus antifaschistischen Kräften bildete sich, die bisherigen Banken und Versicherungsanstalten wurden geschlossen, die Ländereien der Großgrundbesitzer und aktiver Nazis enteignet und zum großen Teil an Landarbeiter, Kleinbauern und Umgesiedelte verteilt, nach einem Volksentscheid in Sachsen die Betriebe der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen, also vor allem der Monopole, in Staatseigentum überführt, eine demokratische Schulreform durchgeführt und die Erneuerung des kulturellen Lebens in Gang gesetzt. All das war verbunden mit der Entfernung ehemals aktiver Nazis aus dem öffentlichen Leben.

Doch ist nicht zu übersehen, daß diese Entwicklung mit erheblichen Defiziten behaftet war. Das begann schon damit, daß sich – und das gilt für alle Besatzungszonen – unter Militärverwaltungen, die mit Befehlen regierten und die jede Kritik an ihnen unterbanden, eine echte Demokratie kaum entwickeln konnte. In der sowjetischen Besatzungszone kam hinzu, daß die Praxis der Militärbehörden von stalinistischen Methoden geprägt war. Bei Bestrafungen, Enteignungen usw. wurde vielfach schematisch verfahren, individuelle Schuld zählte weniger als die Zugehörigkeit zu einer „Kategorie“, was eine Oberflächlichkeit in der Auseinandersetzung mit dem alltäglichen Faschismus zur Folge hatte. Die langandauernde, geduldige und tiefgründige Veränderung von Verhaltensweisen blieb auf der Strecke, bedingt auch durch die äußeren Umstände. Ständig mußte ja neuen Herausforderungen begegnet werden.

Die Vertiefung der Gegensätze zwischen den Alliierten brachte die Sowjetunion dazu, ihren Einflußbereich in Deutschland stärker abzusichern. Nach der von den Westmächten 1948 einseitig durchgeführten Währungsreform in ihren Besatzungszonen sah sie sich veranlaßt, ihrer Zone eine gewisse Eigenständigkeit zu verleihen. Eine Entwicklung zu einer Staatsbildung hin hatte sie (noch) nicht ins Auge gefaßt, denn das hätte ihre Sicherheitsinteressen beeinträchtigt,

und außerdem hätte dieses Territorium von seiner wirtschaftlichen Struktur her als ein vom übrigen Deutschland isoliertes Gebilde allein für sich wenig Überlebenschancen besessen. Aber mit dem Zweijahrplan 1949/1950 begann die langfristige Wirtschaftsplanung und in der SED setzte die Formierung zur „Partei neuen Typus“ nach sowjetischem Muster ein; damit waren die Weichen in Richtung auf den sozialistischen Aufbau gestellt.

Erst als die Westmächte die Umbildung ihrer Besatzungszonen zum Staat Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hatten, schritt auch die Sowjetunion zur Umwandlung ihrer Besatzungszone in einen Staat. Die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 stellte die notwendige Konsequenz der seit 1945 vollzogenen Entwicklung auf deutschem Boden dar. Sie bildete den Abschluß der Schaffung antifaschistisch-demokratischer Staatsorgane auf dem Territorium der Ostzone, sicherte und bewahrte damit die antiimperialistischen Umwälzungen auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet, was ja als eine Voraussetzung dafür galt, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen könnte. Zugleich baute sie diese Ergebnisse durch ein umfangreiches Gesetzgebungswerk in den Jahren 1949/1950 weiter aus. Diese Gesetze verbürgten das Recht auf Arbeit und den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, die Förderung der Frauen und der Jugendlichen. Der für die Jahre 1951–1955 vorgesehene Fünfjahrplan sollte die aus der Spaltung des früher einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes resultierenden Disproportionen in der Wirtschaft der DDR beseitigen, weshalb die schnelle Entwicklung der Schwerindustrie im Vordergrund stand.

Jedoch zeigten sich von Anfang an auch negative Züge. Bereits am 17. Oktober 1949 beschloß das Kleine Sekretariat des Politbüros des Zentralkomitees der SED, daß die Vorschläge für Gesetze und Verordnungen vor der Verabschiedung durch Regierung und Volkskammer dem Politbüro zur Entscheidung vorzulegen seien. Damit maßte sich die Führung der SED, genauer gesagt, die führenden Personen im Parteiapparat, an, über verfassungsmäßige Gremien hinweg den Kurs der Entwicklung zu bestimmen. Die Gründung der DDR war außerdem mit einer zunehmenden Zentralisation der Machtbefugnisse verknüpft, ein Vorgang, der bis zu einem gewissen Grade normal war. Bemerkenswert ist dabei, daß vor allem neue Institutionen im Bereich der inneren Sicherheit geschaffen wurden: Das Oberste Gericht, die Oberste Staatsanwaltschaft und das Ministerium für Staatssicherheit.

Das Mißtrauen der führenden Kräfte der DDR gegenüber den Massen zeigte sich in aller Deutlichkeit anläßlich der Wahlen zu den Volksvertretungen bis hinauf zur Volkskammer am 15. Oktober 1950. Gewiß gab es dafür gute Gründe. So kurze Zeit nach dem Ende des faschistischen Regimes, angesichts der revolutionären Umgestaltungen, der feindlichen Einwirkungen von imperialisti-

scher Seite und der noch nicht überwundenen Probleme der materiellen Versorgung der Bevölkerung existierten zahlreiche Relikte alter Gesinnung und Gewohnheiten. Zwar kamen bei diesen Wahlen auch basisdemokratische Verfahren zur Anwendung, wie die Bestätigung der Kandidaten durch Wählerversammlungen. Selbst über die Berechtigung einheitlicher Kandidatenlisten könnte man angesichts der Tatsache, daß laut Verfassung alle Parteien an der Regierung beteiligt sein sollten, noch diskutieren. Aber die propagierte und dann faktisch erzwungene offene Stimmabgabe, ohne daß die Wähler eine Möglichkeit gehabt hätten, ihre Entscheidung über die oder auch nur über einzelne Kandidaten irgendwie zu kennzeichnen, ließ die „Wahl“ zur Farce werden. Die Wähler fühlten sich verhöhnt. Ein wirkliches Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgern und der Regierung konnte so, trotz aller Verbesserungen im sozialen und kulturellen Bereich, nicht entstehen.

Die DDR ruhte also auf einer labilen Grundlage. Sie besaß keine in sich geschlossene Volkswirtschaft; infolge der früheren Zugehörigkeit zum einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiet existierten viele Disproportionen. Hinzu kamen die materiellen Folgen des Krieges und die zu leistenden Reparationen. Das alles führte zu erheblichen Einschränkungen in der Versorgung der Bevölkerung. Infolge der Tatsache, daß die revolutionären Umgestaltungen in hohem Maße „von oben“ erfolgten, konnte sich die Bevölkerung nur wenig mit den erfolgten Umwälzungen identifizieren, sie als die ihren betrachten. Andererseits waren die bewußten Vertreter der Arbeiterklasse und viele Angehörige der jungen Generation voller Idealismus, begeisterten sich für den Neuaufbau, blickten optimistisch in die Zukunft. Denn die Fortschritte auf sozialem und geistig-kulturellen Gebiet und allmählich auch in der Produktion führten zu einer realen Verbesserung der Lebenslage, so daß Stolz auf das schwer Errungene und die Bereitschaft, sich voller Energie und auch mit Rigorismus für das Neue einzusetzen, berechtigt erschienen.

## **Restauration, Westbindung und beginnende Aufrüstung in der Bundesrepublik**

Mit den Zusammenschlüssen der westlichen Besatzungszonen zur Bi- und Trizone ab 1947 und einer frühzeitig unterschiedlichen inneren Entwicklung im Vergleich zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) waren Vorentscheidungen zur Spaltung Deutschlands gefallen. Das gilt auch für den Marshallplan 1947 und die separate Währungsreform im Juni 1948. Der im Auftrag der westlichen Besatzungsmächte konstituierte Parlamentarische Rat schloß nach der Zustimmung der Alliierten und – außer Bayern – aller westdeutschen Länder mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 seine Arbeit ab. Die Union ging aus der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 mit 31 % knapp vor der SPD (29,2 %) als stärkste Partei hervor.

Der 73jährige Konrad Adenauer, bis zur Ablösung durch die Nazis im März 1933 Kölner Oberbürgermeister und führender Politiker der katholischen Zentrumspartei sowie langjährig Präsident des Preußischen Staatsrates, nach 1945 Vorsitzender der CDU der britischen Zone und 1948/49 Präsident des Parlamentarischen Rates, wurde Bundeskanzler. Er bildete eine Koalitionsregierung, der neben CDU, CSU und FDP auch die rechtskonservative Deutsche Partei (DP) unter Heinrich Hellwege angehörte, die ihren Schwerpunkt in Niedersachsen hatte. Bis Juni 1955 nimmt Adenauer auch das Amt des Außenministers wahr. Bei der Wahl des Bundespräsidenten am 12. September 1949 setzte sich Theodor Heuß (FDP) im zweiten Wahlgang gegen den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher durch.

Die Bundesregierung trat entschieden gegen die Gründung des zweiten deutschen Staates am 7. Oktober 1949 auf. In seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag am 21. Oktober 1949 zur Gründung der DDR bestritt Adenauer deren Legitimation. Die Bundesrepublik erkenne „Erklärungen der Sowjetzone“ nicht als verbindlich an; das gelte insbesondere auch für die „Oder-Neiße-Linie“. Mit der Formel, daß die Bundesrepublik die „alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes“ sei, wurde der Alleinvertretungsanspruch verkündet, der rund zwei Jahrzehnte für die auswärtige Politik der Bundesrepublik bindend blieb.

Mit der Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung hatten Adenauer und sein Umkreis ihr erstes Ziel in der Gründungsphase der Bundesrepublik erreicht: Verhindern, daß die SPD in eine Schlüsselposition kommt und möglicherweise mit Unterstützung der Gewerkschaften, der KPD und anderer Gruppierungen ernstlich die jahrelang angekündigten Vorhaben der Sozialisierung, der Bodenreform sowie weitere gesellschaftliche Umgestaltungen einleiten könnte. Das war zugleich der strategische Sieg des ersten Kanzlers über innerparteiliche Ge-



genspieler wie Jakob Kaiser, die Ideen eines christlichen Sozialismus anhängen und einer Koalition mit der SPD zuneigten. Folgerichtig wurde Adenauer auf dem ersten Bundesparteitag der CDU im Oktober 1950 in Goslar auch zum Parteivorsitzenden gewählt. Die restaurativen sozioökonomischen und politischen Weichenstellungen seit 1948 wurden unter der Flagge der Sozialen Marktwirtschaft besiegelt und rasch unumkehrbar gemacht.

Die Hauptkräfte des Antifaschismus waren damit aus der ersten westdeutschen Regierungsbildung nach Hitler ausgeschlossen. Noch mehr: Mit der DP, der FDP und beträchtlichen Teilen der Unionsparteien hatten die großen Gruppen der Täter und Mitläufer des Dritten Reiches entschiedene Vertreter ihrer Interessen in der Bundesregierung. Die DP und Politiker der FDP forderten bereits im Bundestagswahlkampf 1949 und in der Folgezeit eine Generalamnestie für alle Nazi- und Kriegsverbrechen, die Einstellung der noch bei den Alliierten anhängigen Verfahren, die Entlassung der Verurteilten und den Schutz der „Ehre des deutschen Soldaten“.

Diese Erwartungen wurden weitgehend Regierungspolitik: Umgehende und bald erfolgreiche Initiativen der Bundesregierung zugunsten der von den Alliierten verurteilten oder erst angeklagten NS-Täter, Einstellung der staatlichen Ermittlungen zu Nazi- und Kriegsverbrechen, Nachsicht gegenüber den sprunghaft zunehmenden nazistischen und militaristischen Organisationen und Publikationen bei gleichzeitiger Verschärfung des antikommunistischen Kurses, erstes Straffreiheitsgesetz im Dezember 1949, gesetzliche Rehabilitierung des „öffentlichen Dienstes“ der Nazidiktatur auf der Grundlage von Art. 131 GG einschließlich der vollen Anerkennung von Ansprüchen auf Wiedereinstellung bzw. Altersversorgungen. Norbert Frei sprach resümierend zur Vergangenheitspolitik der frühen Bundesrepublik von einer „Serie entsprechender Entscheidungen, die mit dem schon in den ersten Tagen der Regierung Adenauer auf den Weg gebrachten Straffreiheitsgesetz ihren Anfang nahm und knapp fünf Jahre später, nach der generösen Befriedigung der ‘131er’ und der symbolisch hochbedeutenden Regelung des ‘Kriegsverbrecherproblems’, in einer weitgehenden Amnestie für NS-Straftäter ihren Abschluß fand“.<sup>1</sup>

Mit dem „Adenauererlaß“ vom 19. September 1950 wurden die KPD und zehn weitere kommunistische oder ihnen nahestehende Organisationen offen diskriminiert, darunter die im März 1947 gegründete Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Die Mitgliedschaft und selbst die bloße Unterstützung dieser Organisationen wurde als mit den Pflichten des öffentlichen Dienstes unvereinbar erklärt. Bereits am 16. November 1951 beschloß die Bundesre-

---

1 Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 397f.

gierung, bei dem gerade gegründeten Bundesverfassungsgericht (BVG) das Verbot der KPD zu beantragen. Es begann die Verfolgung kommunistischer sowie weiterer linker Antifaschisten und von Organisationen wie FDJ, Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), Kulturbund und VVN. Ein entsprechender Passus im Bundesentschädigungsgesetz schloß diesen Personenkreis von Wiedergutmachungsansprüchen aus und begründete sogar die Rückforderung bereits gewährter Leistungen.

Die Entscheidungen der drei westlichen Besatzungsmächte seit 1946/47 und ihr Einfluß auf deutsche innenpolitische Entwicklungen bereiteten die Rahmenbedingungen und Faktoren für die schrittweise Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis vor. Eine solche Perspektive wurde am frühesten und unbeirrt von Adenauer verfochten, der dafür eine zumindest vorläufige Spaltung Deutschlands ohne Zögern in Kauf nahm. Er vertrat damit ebenso entschieden wie weitsichtig vor allem die Belange der ihm seit Jahrzehnten verbundenen großbürgerlichen und aristokratischen Oberschichten, deren fundamentalistischem Antikommunismus wesentlich auch handfeste eigene Interessen zugrundelagen.

Der aus den Jahren vor 1945 überkommene Antisowjetismus wurde nach den Erfahrungen mit Ausschreitungen von Rotarmisten gegen die deutsche Bevölkerung in der Schlußphase des Krieges, aber auch durch Berichte deutscher Kriegsgefangener über sowjetische Lager und über Lebensverhältnisse in der Sowjetunion, massenwirksam mobilisiert. Der zeitgeschichtliche Hintergrund grundlegender demokratischer und rechtsstaatlicher Defizite der Sowjetmacht sowie der Willkür und Repression gegen verschiedene Personengruppen in der SBZ und frühen DDR wirkten sich zugunsten antikommunistischer Bestrebungen aus. Der Eintritt in den Kalten Krieg und die beiderseits des Eisernen Vorhangs entstehenden Pakte und Vertragssysteme verfestigten diese Prozesse und ließen sie nachhaltig wirksam werden.

Bereits am 4. April 1949 war in Washington der Nordatlantikpakt (NATO) gegründet worden. In einem Interview für eine US-amerikanische Zeitung hatte Adenauer schon Anfang Dezember 1949 die Möglichkeit eines deutschen Kontingents innerhalb europäischer Streitkräfte angedeutet. John McCloy, Hochkommissar der USA, sprach sich am 6. Februar 1950 in Stuttgart für einen deutschen Beitrag zu einem europäischen Verteidigungssystem aus. Der Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 beschleunigte die Bemühungen zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. „Korea für Deutschland der große Glücksfall“ – so titelte das Bulletin der Bundesregierung später anläßlich einer Buchbesprechung. In Rückblicken ist auch zu lesen: „Basis für den Wirtschaftswunderaufschwung war der Boom, der durch den Korea-Krieg ausgelöst wurde. Die west-

liche Rüstungsindustrie brauchte deutsche Investitionsgüter und Rohstoffe – vor allem Kohle.“<sup>2</sup>

Auf Initiative von Winston Churchill sprach sich die Beratende Versammlung des Europarates im August 1950 für eine europäische Armee unter Ein-schluß deutscher Kontingente aus. Adenauer richtete am 29. August 1950 ein Memorandum an die Hohe Kommission, in dem er weitere Maßnahmen für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik forderte und erneut die Bereit-schaft erklärte, mit einem deutschen Kontingent zu einer westeuropäischen Ar-mee beizutragen. Auf Einladung des Kanzlers fand bereits Anfang Oktober 1950 im Eifelkloster Himmerod eine geheime Klausurtagung statt, auf der überwie-gend ehemalige Generäle der Hitlerwehrmacht über die Schritte zur Wiederauf-rüstung berieten. Noch im gleichen Monat entstand die „Dienststelle Blank“ als Vorläufer des späteren Verteidigungsministeriums.

General Dwight D. Eisenhower gab als Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa am 20. Januar 1951 eine Ehrenerklärung für „die große Mehrheit deutscher Soldaten und Offiziere“ ab. Die Westmächte beschlossen im September 1951, die Bundesrepublik an der gemeinsamen Verteidigung zu be-teiligen.

Es entwickelte sich ein breiter demokratischer Widerstand gegen die „Remi-litarisierung“, der im Bundestag vor allem von SPD und KPD sowie außerpar-lamentarisch von breiten Bündnissen getragen wurde. Während einer Friedens-karawane am 11. Mai 1952 in Essen wird der 21jährige Philipp Müller, Maschi-nenschlosser aus München, von der Polizei erschossen. Am 27. Mai 1952 wird der Vertrag zur Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unterzeichnet; das Projekt scheitert im August 1954 am ablehnenden Vo-tum der französischen Nationalversammlung. Spätestens im Februar 1952 hatte Adenauer die Alliierten unterrichtet, daß die Bundesrepublik Mitglied der NA-TO werden wolle. Das erfolgte mit ihrem Beitritt im Mai 1955 und gleichzeitig mit dem zur Westeuropäischen Union (WEU). Diese Entwicklung wurde mit der Gründung des Warschauer Paktes erwidert, dem fortan die DDR angehörte. Die Einbindung beider deutscher Staaten in die gegeneinander gerichteten militäri-schen Blöcke beendete vorangegangene, historisch kurzfristig konzipierte Wie-dervereinigungspläne auf beiden Seiten.

Rasch entwickelte sich die internationale Anerkennung der Bundesrepublik. Im Juli 1950 wurde die Bundesrepublik assoziiertes und im Mai 1951 vollgülti-ges Mitglied des Europarates. Sie verpflichtete sich im Luxemburger Abkom-

---

2 Hendrick Kafsack, Kein BMW aus Eisenach. Das Jahr 1951: Vor 50 Jahren begann die deutsche Wirtschaft im Zuge des Korea-Booms mit einer nie wieder erreichten Dynamik zu wachsen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Juli 2001.



men vom 10. September 1952 zu umfangreichen Wiedergutmachungsleistungen gegenüber Israel sowie der Conference on Jewish Material Claims Against Germany und vereinbarte mit weiteren europäischen Staaten Wiedergutmachungsverträge zugunsten von NS-Opfern. Der Bundestag nahm am 18. März 1953 das Gesetz zum Wiedergutmachungsabkommen mit Israel an. Nur die SPD und – als einzige Regierungspartei – die CDU stimmten geschlossen zu; bis auf wenige Ausnahmen enthielten sich CSU, FDP, DP und Bayernpartei. Aus unterschiedlichen Gründen wurde es von der KPD und von Abgeordneten der äußersten Rechten abgelehnt.

Entschiedene Absagen der Bundesregierung an das Potsdamer Abkommen sowie gegen Ideen eines militärisch neutralen Deutschlands begleiteten diese politische Entwicklung, in der sich auch der Erfolg der Restauration und die Massenwirksamkeit der antisowjetischen Bedrohungslügen widerspiegelten. Diether Posser, in der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) von 1952/53 politischer Gefährte Gustav Heinemanns und späterer sozialdemokratischer Politiker, schrieb in seinen Erinnerungen über Adenauer: „Um die deutsche Bevölkerung nur fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation wieder zu einer Aufrüstung bewegen zu können, brauchte er ein Feindbild: die Sowjetunion und die Kommunisten, die nach seiner Darstellung für alle Übel in der Welt verantwortlich waren. Sein Argumentationsschema war einfach und wurde während der entscheidenden Jahre ohne Abstriche beibehalten: Die Rote Armee steht aufgrund des sowjetischen Expansionsdrangs mitten in Deutschland.“<sup>3</sup> Was dieser Tatsache vorausgegangen war, habe er stets unerwähnt gelassen.

Mit dem Eintritt in die fünfziger Jahre standen sich in der Mitte Europas zwei deutsche Staaten gegenüber, die sozioökonomisch, politisch und geistig-kulturell im Grunde die Fortführung der gegensätzlichsten Linien der deutschen Geschichte seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert verkörperten. Die beiderseitige entgegengesetzte Einbindung in die konfrontative europäische und globale Blockbildung sowie bei Spannungsherden und Kriegen verfestigte und verschärfte die Entfremdung und Auseinandersetzung. Die folgende innere Entwicklung und die Potentiale ihrer wichtigsten Verbündeten verliehen der Bundesrepublik in den nächsten Jahren auf allen hauptsächlichen Gebieten eine zunehmende Überlegenheit gegenüber dem zweiten deutschen Staat. Gleichwohl kommt der Vorgeschichte bis 1945, den Unterschieden des historisch-politischen Neubeginns und des Selbstverständnisses beider deutscher Staaten sowie ihres Umgangs mit der jüngsten Vergangenheit bis heute eine herausragende Bedeutung zu. Sie berührt entscheidend die Fragen nach möglichen Al-

---

3 Diether Posser, *Anwalt im kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951–1968*, 2. Aufl., München 1991, S. 30.

alternativen deutscher und europäischer Geschichte seit 1945. Diese Aspekte können – auch im Lichte der geschichtspolitischen Erfahrungen seit 1990 – im Rückblick auf die Erschütterungen der fünfziger Jahre und bei Kontroversen um deren Beurteilung kaum überschätzt werden.

## **Für ein neutrales Gesamtdeutschland. Die Note der Sowjetunion vom 10. März 1952**

Seit 1948 hatte sich die Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltsystemen bedeutend verschärft. Der kalte Krieg weitete sich immer mehr aus. Das erklärte Ziel der USA war es dabei, den Kommunismus zu vernichten und die ganze Welt angeblich „für eine neue Epoche des wirtschaftlichen, sozialen Fortschritts“ zu erschließen<sup>4</sup>.

In diese Auseinandersetzung waren beide deutsche Staaten unlöslich einbezogen. Sie waren gewissermaßen „Kinder“ des kalten Krieges und sowohl die westlichen Siegermächte als auch die Sowjetunion wünschten diese Staaten in ihr jeweiliges Einfluß- und Sicherheitssystem einzubeziehen. Die von Konrad Adenauer geführte Regierung der BRD hatte sich von Anfang an auf eine Westintegration orientiert und zeigte sich – aus welchen Gründen auch immer – an einer kurzfristigen Wiedervereinigung Deutschlands nicht interessiert.

Im Juni 1950 ging in Korea der kalte in einen heißen Krieg über. Zum ersten Male nach 1945 führten Staaten der beiden gegensätzlichen Weltsysteme eine bewaffnete Auseinandersetzung. Daß das im geteilten Korea ablief, wirkte wie ein schrilles Warnsignal auf das geteilte Deutschland.

Adenauer nutzte den Ausbruch des Korea-Krieges geschickt aus. Er war tief besorgt über die äußere und innere Sicherheit der Bundesrepublik. Die führenden Kräfte der DDR verstärkten diese Befürchtungen noch. So hatte Walter Ulbricht am 3. August 1950 im Berliner Rundfunk erklärt, Korea lehre, daß Marionettenregierungen, auch die in Bonn, früher oder später vom Volk hinweggefegt würden; mit aller Kraft müsse darum gekämpft werden, die Nester der Kriegsprovokation zu liquidieren. Außerdem darf nicht unerwähnt bleiben, daß zu dieser Zeit die kasernierten Bereitschaften der Volkspolizei etwa 60.000 Mann umfaßten, zu denen noch etwa 30.000 Grenz- und Transportpolizisten kamen. Im Februar 1952 schließlich sprach sich die Mehrheit des Bundestages grundsätzlich für eine Teilnahme der BRD an der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) aus.

Dem anschwellenden Widerstand gegen die Remilitarisierung begegnete die Bundesregierung mit Verboten von Aktionen und Organisationen, deren Höhepunkt im November 1951 der Antrag auf das Verbot der KPD beim Bundesverfassungsgericht darstellte.

---

4 James Burnham, Die Strategie des kalten Krieges, Stuttgart 1950, S. 88/89; zitiert nach: Stefan Bollinger, Die verschleppte Entstalinisierungskrise. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte. Hrsg.: Jochen Cerný, Leipzig–Jena–Berlin 1990, S. 158.

Stalin wiederum und die anderen führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion sahen in diesen Vorhaben eine ernste Bedrohung ihres Landes, ja des gesamten sozialistischen Lagers. Hier wirkten sowohl der Schock des faschistischen Überfalls vom 22. Juni 1941 als auch die Erfahrungen des Interventionskrieges 1918/1919 nach. Die sowjetische Note vom 10. März 1952 an die drei Westmächte mit dem Vorschlag für einen Friedensvertrag mit Deutschland sollte dieser Gefahr begegnen und die Verträge über die EVG scheitern zu lassen.

Die Sowjetunion regte an, zwischen Deutschland und allen Staaten, die sich mit Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt hatten, einen Friedensvertrag abzuschließen. Dieser Vertrag sollte unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands ausgearbeitet werden, wofür eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden müßte, die dem „Willen des deutschen Volkes“ entspreche. Für die Grundlagen des auszuarbeitenden Vertragsentwurfs unterbreitete die sowjetische Regierung Vorschläge: Deutschland sollte als einheitlicher Staat wieder hergestellt werden. Spätestens ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages sollten alle Besatzungstruppen aus Deutschland abgezogen und sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Territorium beseitigt werden. Dem deutschen Volk müßten alle demokratischen Rechte und Freiheiten garantiert werden, doch sollten „Organisationen, die der Demokratie und der Sache des Friedens feindlich sind“, verboten sein. Allen ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und allen ehemaligen Nazis, soweit sie nicht wegen begangener Verbrechen nach Gerichtsurteil eine Strafe verbüßen, sollten die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie jedem anderen Bürger auch gewährt werden. Ferner schlug die sowjetische Regierung vor, daß Deutschland keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse gegen Staaten eingehen dürfe, die mit ihren Streitkräften am Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben. Das Territorium Deutschlands sollte durch die Grenzen bestimmt sein, die durch die Potsdamer Konferenz 1945 festgelegt worden waren. Wirtschaftlich sollten Deutschland keinerlei Beschränkungen auferlegt werden. Schließlich regte die Sowjetunion an, Deutschland zu gestatten, nationale Streitkräfte zu besitzen, „die für die Verteidigung des Landes notwendig sind“. In diesem Rahmen sollte ihm auch die Produktion von Kriegsmaterial erlaubt sein, „deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen hinaus gehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind“.

Obwohl die Note mit den Vorschlägen für einen Friedensvertrag die Bundesregierung nicht sonderlich überraschte, war Bundeskanzler Adenauer doch von dem Alldruck beherrscht, es könne womöglich zu einer Einigung der vier Siegermächte über Deutschland kommen, sollte die Integration der Bundesrepublik in die westliche Welt, insbesondere der EVG-Vertrag scheitern. Den Vertretern der Westmächte erläuterte er am 17. März seine Haltung, wobei er sich beson-

ders deutlich gegen eine Vier-Mächte-Konferenz, also gegen jegliche Verhandlungen mit der Sowjetunion aussprach. Die westlichen Alliierten sicherten ihm zu, den Text der Antwortnote an die sowjetische Regierung mit ihm zu beraten.

In den Antwortnoten vom 25. März 1952 verlangten die Westmächte die Durchführung freier Wahlen unter internationaler Kontrolle in allen vier Zonen als Grundlage für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und forderten für diese Regierung volle Handlungsfreiheit hinsichtlich der Möglichkeit Bündnisse einzugehen. Möglicherweise wäre die Sowjetunion noch bereit gewesen, der ersten Forderung nachzugeben – die zweite jedoch war für sie unannehmbar, denn damit schien ihre Sicherheit noch stärker gefährdet als ohnehin unter den damaligen Bedingungen zu befürchten gewesen wäre. Hatte doch der bundesdeutsche Staatssekretär Walter Hallstein am 13. März in einer Pressekonferenz die „Integration Europas bis zum Ural“ gefordert und Konrad Adenauer selbst drei Tage später auf einer CDU-Veranstaltung die „Neuordnung in Osteuropa“ als Ziel seiner Politik bezeichnet.

Die Westmächte lehnten also die sowjetischen Vorschläge faktisch ab. Sie wollten kein neutrales Gesamtdeutschland; das schien ihnen eine „sehr gefährliche“ Lösung zu sein und deshalb hielten sie an der Westintegration der Bundesrepublik fest. Das entsprach ganz den Intentionen von Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Unumstritten war seine Haltung jedoch nicht. Der Vorsitzende der SPD Kurt Schumacher drängte ihn, die Westmächte zu veranlassen, wirklich ganz konkret festzustellen, welche Möglichkeiten die Note der UdSSR für das Erreichen der Wiedervereinigung „in Freiheit“ böte; dazu seien Vier-Mächte-Verhandlungen unabdingbar. Gerade davon aber hatte Konrad Adenauer den Westmächten dringend abgeraten. So bleibt also festzustellen, daß die Möglichkeiten für eine friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1952 nicht wirklich gründlich geprüft worden sind.

In der DDR ging die Diskussion um die Note der UdSSR in verschiedene Richtungen. Viele Intellektuelle sahen in den Vorschlägen eine Chance für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und für die Sicherung des Friedens in Europa. Sie könne Deutschland die Rückkehr als gleichberechtigten Partner in den Kreis der Nationen erleichtern. Zugleich aber tauchte schon frühzeitig die Frage auf, ob Deutschland überhaupt wieder eine Armee haben müsse. Wie in der Bundesrepublik war auch unter der Bevölkerung der DDR eine ausgesprochene Abneigung gegen die Schaffung bewaffneter Kräfte vorhanden. Die Diskussion um die „nationalen Streitkräfte“ weitete sich so stark aus, daß andere Aspekte der sowjetischen Vorschläge kaum noch beachtet wurden.

Einen neuen Aspekt bekam diese Diskussion, nachdem Adenauer die Verträge über die Beziehungen der BRD zu den drei Westmächten und über die Grün-

derung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unterzeichnet hatte. Nun verwies die SED auf die Notwendigkeit nationaler Streitkräfte für die Sicherung und Festigung der DDR und wandte sich in Agitation und Propaganda scharf gegen pazifistische Auffassungen. Sie wurden als imperialistische Ideologie bezeichnet, als Beruhigungsmittel zur Beherrschung der Massen bei den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten. Dabei waren sie oft gerade Fazit bitterer Erfahrungen mit der Aggressionspolitik des Imperialismus, deren Verurteilung zu den Hauptgegenständen der ideologischen Arbeit der SED gehörte.

Allerdings gab es andererseits genügend Indizien für eine Bedrohung der DDR, auch in Thüringen. Hier waren schon am 21. Februar und am 2. März 1951 an der Grenze zur BRD im Kreis Eisenach drei Grenzpolizisten ermordet worden. Seit Anfang 1952 verzeichnete die Leitung der Volkspolizei im Lande eine Zunahme von Provokationen und Sabotageakten. Aus den Schritten zur Eingliederung der BRD in ein westliches Militärbündnis und aus der Tatsache, daß in der BRD am 24. März 1952 ein „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung“ gegründet worden war, der ein detailliertes Programm für die Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik und die dann zu treffenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen ausarbeiten sollte, folgte die Landesleitung der SED in Thüringen, die DDR könne gegenüber den offen verkündeten aggressiven Zielen des Imperialismus nicht tatenlos zusehen. Arbeiter und Jugendliche müßten erkennen, daß es eine hohe Ehre und Verpflichtung sei, die Heimat mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.<sup>5</sup>

Durchaus legitime Maßnahmen zum Schutz der DDR gingen jedoch im einzelnen vielfach über das Erforderliche hinaus. Die Regierung der DDR beschloß am 26. Mai 1952, an der Grenze zur BRD eine 5 km breite Sperrzone zu errichten, wobei für Ein- und Ausreise sowie für den Aufenthalt in ihr spezielle Regelungen galten. Im Zuge dieser Maßnahme erfolgten auf der Grundlage von Ermittlungen der Staatssicherheit zahlreiche Aussiedlungen. In Thüringen betraf das rund 3.500 Menschen, unter denen sich zum Erstaunen der SED-Landesleitung auch mehr als 100 Parteimitglieder, Bürgermeister und andere Funktionäre befanden.<sup>6</sup> All das sollten nicht die einzigen Lasten bleiben, die den Bürgern der DDR in den nächsten Monaten zugemutet wurden.

---

5 Vgl. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. SED-Bezirksparteiarchiv Erfurt, A IV/2/1-16, Bl. 23–25.

6 Vgl. ebenda, A IV/2/1-17, Bl. 8.



## Aufbau des Sozialismus beschlossen. Die 2. Parteikonferenz der SED und ihre Folgen<sup>7</sup>

Obwohl sich die Sowjetunion in ihrer zweiten Note an die drei Westmächte vom 9. April 1952 mit freien Wahlen in ganz Deutschland einverstanden erklärt hatte, wenn auch nicht unter internationaler Kontrolle, wie von den Westmächten gefordert, sondern unter Aufsicht aller vier Mächte, hatte sich die Bundesregierung längst entschieden: Sie unterzeichnete am 27. Mai den EVG- und den Deutschland-Vertrag.

Das führte bei Stalin zu einer Überschätzung der akuten Kriegsgefahr. Er setzte in den sozialistischen Ländern einen harten Konfrontationskurs durch und drängte darauf, das Tempo im Wettstreit der Systeme zu verschärfen.

Die Auswirkungen auf die DDR waren in hohem Maße von Faktoren bestimmt, die aus der Besatzungszeit herrührten. Schon ab 1948 hatte sich in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands die Entwicklung zunehmend nach dem sowjetischen Modell vollzogen. Die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), die seit der Gründung der DDR an die Stelle der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) getreten war, verfügte über weitgehende Vollmachten, konnte in Ausnahmefällen sogar bindende Anordnungen erlassen sowie Kontrollen und Untersuchungen durchführen.

Vom 21. bis 23. Februar 1952 kam das Zentralkomitee der SED zu seiner 8. Tagung zusammen und beschloß, für Juli 1952 die 2. Parteikonferenz einzuberufen. Eigentlich hätte laut Statut der SED 1952 ein Parteitag stattfinden müssen. Statt dessen sollte nun eine Parteikonferenz abgehalten werden, aber obwohl *dafür* keine allgemeinen Neuwahlen vorgesehen waren, fanden sie – mit Ausnahme der obersten Leitungsebene – statt und führten zu tiefgreifenden Veränderungen in der Zusammensetzung der Parteileitungen.

Auf der 8. Tagung hatte Walter Ulbricht verkündet, mit dem Aufbau in der DDR solle ein Vorbild für den friedlichen Aufbau in ganz Deutschland geschaffen werden. Von einer Weichenstellung hin zur offenen Verkündung des sozialistischen Aufbaus war nicht die Rede. Ausgangspunkt aller Überlegungen der SED-Führung war die Einsicht, daß die DDR nur durch den Beistand der Sowjetunion lebensfähig war. Neben den politisch-ideologischen Voraussetzungen

---

7 Einzelheiten zu den Geschehnissen bei: Günter Benser, Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde. hefte zur ddr-geschichte 75, Berlin 2002; Wilfriede Otto, Eine edle Idee im Notstand. Zur Zweiten Parteikonferenz der SED im Juli 1952. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 2002/II, S. 4–22; Elke Scherstjanoi, Sowjetische Reaktionen auf die Zweite Parteikonferenz der SED 1952. In: Ebenda, S. 23–34.

ließ ihr die auf die Beseitigung der DDR gerichtete Politik des Westens auch gar keine andere Wahl. Dabei wollte sich die DDR den volksdemokratischen Staaten immer mehr angleichen.

Vom 29. März bis 10. April 1952 weilten Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht zu Gesprächen mit Stalin und anderen Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU (B) in Moskau. Dabei nahmen militärische und sicherheitspolitische Fragen einen großen Raum ein. Schon einen Tag nach der Rückkehr der Delegation aus Moskau beschloß das Politbüro des ZK der SED die Ausarbeitung einer neuen Direktive zur Grenzsicherung, die verbunden war mit der Unterstellung der Grenzpolizei unter das Ministerium für Staatssicherheit. Zugleich wurden Vorbereitungen getroffen für die Schaffung der Organisation „Dienst für Deutschland“ und für die spätere „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) sowie für Veränderungen der staatlichen Struktur. Am 1. Mai 1952 erklärte Wilhelm Pieck erstmals öffentlich die Notwendigkeit der *bewaffneten* Verteidigung der Heimat.

Am 2. Juli 1952 bat das Politbüro des ZK der SED in einem Brief an J. W. Stalin um Stellungnahme zu einigen Grundfragen des Referats für die 2. Parteikonferenz. Sechs Tage später, also nur einen Tag vor dem Beginn der Konferenz, traf die Zustimmung dazu ein. Das erklärt, weshalb die Beschlüsse der Konferenz unter strenger Geheimhaltung vorbereitet wurden und gar nicht mehr beraten werden konnten. Der Entwurf der Entschliebung lag dem ZK erst am 8. Juli, den Delegierten der Konferenz gar erst zu Beginn der Tagung am 9. Juli 1952 vor.

Der Beschluß der Konferenz besagte: „Die politischen und ökonomischen Bedingungen und das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist.“<sup>8</sup> Für die angeblich „massenhaften Forderungen“ nach dem Übergang zum Sozialismus finden sich keinerlei archivalische Belege. Weder die objektiven noch die subjektiven Voraussetzungen für einen solchen Schritt waren gegeben, obwohl das im Beschluß behauptet worden war. Eine Verständigung mit den Bürgern der DDR über diese weitreichende Entscheidung hatte nicht stattgefunden. Es gab trotzdem vielfach freudige Zustimmung und eine große Bereitschaft, sich für die Verwirklichung der gestellten Aufgabe einzusetzen. Das erklärt sich aus der noch vorhandenen Aufbruchstimmung und der Überzeugung, nur der Sozialismus könne die anstehenden Probleme lösen. So hatten 24 Neubauern der Gemeinde Merxleben (bei Bad Langensalza) schon am 8. Juni 1952 die erste Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) der DDR gegründet.

---

8 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. IV, Berlin 1954, S. 72.



Die Ziele der auf der 2. Parteikonferenz beschlossenen Politik sollten vor allem dadurch erreicht werden, daß mittels neuer gesellschaftlicher Strukturen, stärkerer Zentralisierung und strafferer Administration weitere Reserven für den Aufbau erschlossen wurden. Die Zentralisation erfolgte im staatlichen Bereich durch die Auflösung der fünf Länder, an deren Stelle vierzehn Bezirke traten. Auf dem Gebiet des Gerichtswesens entstanden statt der bisherigen Amts-, Land- und Oberlandesgerichte die Kreis- und Bezirksgerichte mit dem Obersten Gericht als höchste Instanz. Im wirtschaftlichen Bereich war der volkseigene Sektor enorm auszubauen, die Bildung von LPG vorzunehmen sowie die Intensivierung in allen Bereichen anzustreben, wobei der Schwerindustrie unbedingter Vorrang einzuräumen war. Um die dadurch entstehenden zusätzlichen Belastungen auszugleichen, orientierte die SED-Führung auf ein strenges Sparsamkeitsregime, die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen, die Senkung der Selbstkosten und auf die zielstrebige Förderung einer bewußten Arbeitseinstellung.

Die durch die 2. Parteikonferenz beschlossene Zielstellung hatte schwerwiegende Folgen: Die Planziele mußten gegenüber den im Fünfjahrplan vorgesehenen bedeutend erhöht werden. Wichtige Vorhaben der Schwerindustrie wurden früher begonnen. Zusätzliche Aufgaben wie Grenzsicherung, Aufbau der Kasernierten Volkspolizei (KVP), vorgezogene Investitionen und die Förderung der LPG erforderten für 1953 zusätzliche Mittel in Höhe von 1,5 Milliarden Mark. Sie sollten durch Erhöhung der Vermögens- und Einkommenssteuern, durch Stellenplankürzungen im Staatsapparat und in der volkseigenen Wirtschaft, durch Preiserhöhungen und Kürzungen der Ausgaben für Sozialversicherung und Sozialfürsorge, Kultur, Kirchen und Massenorganisationen aufgebracht werden.

Verschärft wurde die Situation durch äußere Faktoren. Im Sommer 1952 hatte der Außenminister der USA, John F. Dulles, von einer „Politik am Rande des Krieges“ gesprochen und den massiven Einsatz von Kernwaffen ins Kalkül gezogen. Nach dem Entwurf eines Strategiepapiers des Nationalen Sicherheitsrates der USA vom 16. September 1952 sollten „die inneren Konflikte des sowjetischen totalitären Systems mit eindeutiger Unterstützung von unserer Seite zu einem Rückgang des sowjetischen Macht- und Einflußbereiches und schließlich zu allmählicher Schwächung und zum Niedergang dieses Systems führen“.<sup>9</sup> Deshalb „sollten die Vereinigten Staaten eindeutig (positive) Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher, propagandistischer und paramilitärischer Art verfolgen

---

9 Zitiert nach: Heinz Heitzer, Arbeiterprotest, Putsch oder Volksaufstand? In: Brüche, Krisen, Wendepunkte..., a.a.O., S. 127.

und soweit durchführbar verstärken, die gegen den sowjetischen Machtbereich gerichtet sind“.<sup>10</sup>

Auf der 10. Tagung des ZK der SED (20.–22. November 1952) erklärte Walter Ulbricht, „solange westlich von uns der Imperialismus“ herrsche, sei „die Schaffung bewaffneter Streitkräfte eine Lebensnotwendigkeit für die Bevölkerung der DDR“.<sup>11</sup> Die „Organisation der Verteidigung der Heimat“ stellte einen umfassenden Prozeß dar, der auch Maßnahmen zur Mobilisierung der Wirtschaft und Wehrvorbereitungen im politisch-ideologischen Bereich einschloß.

Schon im Februar 1952 war eine sowjetische „Empfehlung“ zum Aufbau nationaler Streitkräfte ergangen. Am 1. Juli 1952 hatte dann der Ministerrat der DDR die Bildung der Kasernierten Volkspolizei beschlossen. Sie umfaßte im Dezember bereits 90.250 Mann; bis Mitte 1953 wurden noch rund 60.000 weitere Kräfte aus der Volkswirtschaft herausgezogen. Die erforderlichen Waffen und Ausrüstungen aus der Sowjetunion mußten mit erhöhten Exporten bezahlt werden. Hinzu kamen Ausgaben für den Bau militärischer Anlagen. Insgesamt beliefen sich die damit verbundenen Ausgaben von Sommer 1952 bis Mitte 1953 auf rund 2 Milliarden Mark.

Die 10. Tagung des ZK der SED widmete sich jedoch nicht nur militärischen Fragen, sondern orientierte generell auf die Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus. Hatte die 2. Parteikonferenz noch beteuert, es werde keine weiteren Enteignungen geben, so sprach Walter Ulbricht nun von einer „Stärkung der volksdemokratischen Grundlagen“ und von der „Beschränkung der kapitalistischen Elemente“, ein Kurs, der fatale Folgen nach sich zog. Um den erheblich ansteigenden Finanzbedarf des Staates befriedigen zu können, erhöhte dieser die Steuern und Abgaben für Großbauern sowie für kleinere und mittlere Unternehmer. Bei Nichterfüllung drohten harte Strafen; alle Steuerrückstände wurden rigoros eingetrieben. Die Banken kündigten den Privatbetrieben vielfach die Kredite und verweigerten ihnen neue. Das führte zu zahlreichen Betriebsschließungen; so sank die Zahl der Privatbetriebe bis Mitte 1953 um rund 2.000, die Zahl der Großbauernwirtschaften um 16.000. Der aus all diesen Maßnahmen resultierende Rückgang der Produktion traf vor allem die ohnehin gering ausgeprägte Konsumgüterindustrie und das Angebot an Dienstleistungen.

Insgesamt ergaben sich also aus den von der SED initiierten Maßnahmen des Jahres 1952 enorme materielle und finanzielle Belastungen für die DDR. Sie erwuchsen erstens aus dem Aufbau der KVP, zweitens aus Maßnahmen zur Sicherung der Grenze zur BRD, drittens aus der Bezahlung der von der Sowjet-

---

<sup>10</sup> Ebenda.

<sup>11</sup> Zitiert nach: Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Berlin 1991, S. 17.

union zurückgegebenen SAG-Betriebe<sup>12</sup>, viertens aus den Kosten für die Besatzungstruppen, fünftens aus den Reparationslieferungen und sechstens aus den Aufwendungen zur Unterstützung schwacher LPG. Diese Belastungen hatten natürlich politische und ideelle Auswirkungen und verschärften die gesellschaftliche Krise im Lande in hohem Maße.

---

12 SAG = Sowjetische Aktien-Gesellschaft. Es handelte sich um frühere Rüstungsbetriebe, die eigentlich hätten demontiert werden sollen, dann aber in der Sowjetischen Besatzungszone verblieben und in sowjetisches Eigentum übergingen.

## **Anweisung aus Moskau. Der „Neue Kurs“**

Die mit der Verwirklichung der seit Juli, besonders aber seit November 1952 gefaßten Beschlüsse verbundenen ernsten Probleme blieben der SED-Führung nicht verborgen. Von Mitte Februar bis Anfang April 1953 erarbeitete eine Expertengruppe aus dem ZK der SED und der Regierung der DDR im Einvernehmen mit der Sowjetischen Kontroll-Kommission eine Analyse der wirtschaftlichen und politischen Lage. Etwa im gleichen Zeitraum nahm der Kulturbund eine umfangreiche und gründliche Erhebung zur Lage der Intellektuellen und der Stimmung unter ihnen vor.

Die Schlußfolgerungen, die die SED-Führung aus diesen Untersuchungen zog, waren in sich äußerst widersprüchlich.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage entschied sie sich, die Sparmaßnahmen fortzuführen und noch zu verstärken. Die entsprechenden Festlegungen faßte Torsten Diedrich wie folgt zusammen: „1. Sparsamkeit in allen Wirtschaftszweigen sowie im Staatshaushalt; 2. Verschärfung der staatlichen Eingriffe und Kontrollen in der Wirtschaft; 3. Abkehr von ‚kapitalistischen Prinzipien und Industrienormen‘ und Übernahme der sowjetischen Prinzipien; 4. Steigerung des Lebensstandards u.a. durch Einschränkung der Lebenshaltung ‚kapitalistischer Elemente‘; 5. Einleitung einer strengen Staatsdisziplin und Kontrolle.“<sup>13</sup>

In den ersten Monaten des Jahres 1953 ordnete die Regierung der DDR drastische Sparmaßnahmen an. So fielen die Erschwerniszuschläge für Schwerstarbeiter und für gesundheitsschädliche Arbeiten weg. Der monatliche Haushaltstag für alleinstehende berufstätige Frauen wurde gestrichen. Abgeschafft wurden auch die Fahrpreismäßigungen für Arbeiterrückfahrkarten. Für Kuraufenthalte sollte künftig Urlaub genommen werden. Der Rückgang der Lebensmittelimporte führte zu einem Mangel an Zucker, Butter, anderen Fetten und Ölen, an Gemüse und Obst. Das zog u.a. Verkaufsbeschränkungen nach sich. So wurde die Belieferung der Staatlichen Handels-Organisation (HO) mit Butter generell gesperrt und bei anderen Fetten und Ölen stark reduziert. Eine weitere Folge waren Preissteigerungen, z.B. bei Zucker, Öl und Fleischwaren. Einerseits wurde die Werksverpflegung verbessert, andererseits fielen die Zusatzlebensmittelkarten für Intellektuelle und andere Gruppen weg. Sogenannte „Besitzende“, also Handwerker, Gewerbetreibende, aber auch Hausbesitzer und freischaffende Intellektuelle bekamen überhaupt keine Lebensmittelkarten mehr. Sie sollten sich in der HO versorgen, obwohl dort gerade die Bereitstellung von Lebensmitteln erheblich gekürzt worden war.

---

13 Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR, a.a.O., S. 37.

Neben den wirtschaftlichen wurden auch die politischen Restriktionen verstärkt, denn die Führer der SED sahen als Hauptursache der wirtschaftlichen und politischen Probleme im Lande das Wirken äußerer und innerer Feinde an. Dafür schien manches zu sprechen. Der aggressive und antikommunistische Kurs der BRD hatte sich zweifellos verschärft. Im Februar war der Bundesgrenzschutz auf 20.000 Mann verstärkt worden, im März hatte eine umfangreiche Polizeiaktion gegen die Freie Deutsche Jugend (FDJ) stattgefunden und der Bundestag ratifizierte die EVG-Verträge. Im April schließlich waren 35 westdeutsche Bürger unter der haltlosen Beschuldigung der Spionage für die Sowjetunion verhaftet worden. Minister Theodor Oberländer erklärte damals: „Wir sind angetreten, um den deutschen Osten wiederzugewinnen.“

Doch wurden alle diese Fakten maßlos überschätzt und führten unter dem ideologischen Blickwinkel der Theorie vom sich ständig verschärfenden Klassenkampf zu Rundumschlägen. Seit dem Prozeß in der ČSR im November 1952, in dem der bisherige Generalsekretär der KPC Rudolf Slanský und andere hochrangige Mitglieder der Partei- und Staatsführung wegen „Agententätigkeit“ zum Tode verurteilt worden waren, verschärfte sich die Auseinandersetzung mit sog. „inneren“ Feinden ungemein. Die Verdächtigungen richteten sich besonders gegen Parteimitglieder, die während der faschistischen Diktatur in westliche Länder ins Exil gegangen waren. Führende Funktionäre der SED wurden zu Unrecht beschuldigt, in ihrer früheren Tätigkeit schwere Fehler begangen zu haben. Sie wurden aus ihren Funktionen entfernt und zum Teil auch strafrechtlich belangt (Franz Dahlem, Paul Merker, Bruno Goldammer, Leo Bauer, Kurt Müller u.a.). Die dadurch entstehende Atmosphäre der Rechtsunsicherheit und das Gefühl ständigen Bedrohtseins erfaßten auch einfache Parteimitglieder und die Bürger der DDR insgesamt, weil auch die Strafgesetze rigoros angewandt wurden. Sabotage, Wirtschaftsverbrechen und Agententätigkeit waren gängige Beschuldigungen. Im Juli 1952 saßen in der DDR 30.092 Häftlinge ein, im Mai 1953 waren es 61.377!

Mitte April 1953 lagen die Ergebnisse der Untersuchung zur Lage der Intellektuellen vor. Wenn diese auch im allgemeinen über eine gesicherte materielle Existenz verfügten, hatten einzelne Gruppen in dieser Hinsicht aber erhebliche Sorgen. Die Intellektuellen beklagten sich ferner über die unzureichende Versorgung mit Fachliteratur, Arbeitsmaterialien, Wohn- und Arbeitsräumen und über die äußerst beschränkten Möglichkeiten der Verbindungen zum Ausland. Weitere Gründe der Unzufriedenheit lagen in der Angst vor Verfolgungen, in der Intellektuellenfeindlichkeit im Partei- und Staatsapparat, in der häufigen Nichtzulassung ihrer Kinder zur Oberschule oder zum Studium und im unsinnigen Verwaltungsaufwand. Das Ergebnis der Untersuchung ging der Regierung noch im April zu.

Die SED-Führung schien einlenken zu wollen. Auf einer Konferenz mit Intellektuellen am 27. Mai 1953 in Berlin versprach Walter Ulbricht eine bessere Versorgung mit Konsumgütern, die Gründung wissenschaftlicher Gesellschaften und ein Programm zum Ausbau der Hochschulen. Damit aber waren die Hauptsorgen der Intellektuellen nicht gebannt: Die politischen Restriktionen dauerten unvermindert an. So kritisierte z.B. das Sekretariat der SED-Bezirksleitung Gera am 9. April 1953 die Gerichte, weil sie angeblich zu milde Strafen verhängen würden. Und das, obwohl von Ende 1952 bis Februar 1953 allein in Gera 15 Großhändler inhaftiert und ein Großbauer zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren.<sup>14</sup> Scharf ging man auch gegen Landwirte und Handwerker vor, die ihrer Ablieferungspflicht oder der Steuerzahlung nicht nachgekommen waren. Ärzte mußten sich die Überprüfung der von ihnen vorgenommenen ärztlichen Arbeitsbefreiungen gefallen lassen. Kirchliche Einrichtungen und Anstalten wurden beschlagnahmt, Mitglieder der Jungen Gemeinde und der Evangelischen Studentengemeinde von Oberschulen und Universitäten verwiesen. In Gera wurden vier Lehrer wegen politischer Unzuverlässigkeit entlassen.<sup>15</sup>

Entgegen den Bemühungen vor allem an der Basis der SED, zu einer volksverbundenen Politik zurückzufinden, setzte die Parteiführung ihren harten Kurs fort: Die 13. Tagung des ZK der SED am 13./14. Mai 1953 beschloß nicht nur die oben genannten „Lehren“ aus dem Slanský-Prozeß, sondern auch die Erhöhung der Arbeitsnormen in der Produktion um mindestens 10 %. Wohl war eine Überarbeitung veralteter Normen in mancher Hinsicht berechtigt und notwendig. Doch ihre schematische Erhöhung führte bei steigenden Anforderungen für viele Arbeiter zu beträchtlichen Lohneinbußen und rief natürlich massenhaften Unmut hervor, der sich in mehreren Streiks artikulierte. Ein nicht unwichtiges Ergebnis der Restriktionen stellten die Zahlen der Republikflucht dar: Von Januar bis Mai 1953 hatten im Durchschnitt monatlich 37.000 Menschen die DDR verlassen. Im Bezirk Gera stieg die Zahl von 649 im Januar auf 1.041 in den ersten neun Junitagen.<sup>16</sup>

Die SKK hatte nach dem Tode Stalins (5. März 1953) die Ergebnisse ihrer gemeinsam mit Experten aus dem ZK der SED vorgenommenen Untersuchung an die zuständigen Stellen in Moskau weiter geleitet. Entscheidungen blieben zunächst aus; im April wurden dann als erster Schritt die Reparationsverpflichtungen der DDR an die Sowjetunion erheblich verringert.

Vom 2. bis 4. Juni 1953 weilten Ministerpräsident Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelßner in Moskau. In zwei Sitzungen wurde ihnen ein

---

14 Vgl. Der 17. Juni 1953 in Gera, (Gera) 1993, S. 5, 20/21.

15 Vgl. ebenda, S. 19–30.

16 Vgl. Walter Hande/Hans Leucht, 17. Juni 1953: Die Ereignisse in Gera, Jena 2003, S. 15.



Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der UdSSR vom 27. Mai 1953 erläutert, der konkrete Schritte zur Korrektur der bisherigen Politik verlangte. So sollte die künstliche Gründung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingestellt, hingegen die bestehenden Maschinen-Ausleih-Stationen gestärkt und neue Maschinen-Traktoren-Stationen geschaffen werden, um den Bauern bei der Steigerung der Produktivität besser helfen zu können. Die Einschränkung und Verdrängung des mittleren und kleinen Privatkapitals sei einzustellen, das überhöhte Tempo der Entwicklung der Schwerindustrie zu mindern und das Finanzsystem durch die Verringerung administrativer Ausgaben zu sanieren. Ferner sollten Maßnahmen zur Sicherung der Gesetzlichkeit und zur Gewährleistung der Bürgerrechte getroffen und das reine Administrieren beseitigt werden. Zu unterbleiben habe außerdem die grobe Einmischung in kirchliche Angelegenheiten. Zugleich sicherte die Sowjetunion zu, der DDR die notwendige wirtschaftliche Hilfe zukommen zu lassen und vorhandene Mängel im Besatzungsregime abzustellen. Außerdem betonte die sowjetische Regierung, daß bei allen künftigen Maßnahmen zur Stärkung der DDR unbedingt die realen Bedingungen in der DDR wie auch im gesamtdeutschen und internationalen Maßstab zu beachten seien.

Obwohl in dem sowjetischen Dokument deutlich gesagt ist, daß die Hauptursache für die entstandene mißliche Lage die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED seien, die den Weg zum Aufbau des Sozialismus festgelegt hatten, ohne daß die inneren und äußeren Voraussetzungen dafür vorhanden waren, war sich das Politbüro auf seiner Sitzung am 5./6. Juni im Unklaren darüber, wo die Korrekturen anzusetzen waren: vor, mit oder nach der Parteikonferenz? Die Mehrheit des Politbüros kam zu dem Ergebnis, die ab Herbst 1952 getroffenen Maßnahmen als fehlerhaft anzusehen. Bei den Auseinandersetzungen im Politbüro spielten – abweichend von den Moskauer Vorgaben – außerdem die innerparteilichen Zustände eine große Rolle, so z.B. die überhöhte Stellung des Parteiapparates gegenüber den gewählten Gremien. Heftig kritisiert wurde auch der Führungsstil Ulbrichts. Ein zentrales Problem blieb jedoch sowohl im sowjetischen Beschluß als auch in der Diskussion im Politbüro unberücksichtigt: Die Lage der Arbeiterklasse. Die Beziehungen der SED zu ihr sah man nicht als gefährdet an.

Der sowjetische Beschluß wurde nicht veröffentlicht. Es ist unbekannt, ob ihn überhaupt die Mitglieder des ZK der SED vollständig kannten. Das Politbüro wollte durchaus einen „neuen Kurs“ entsprechend den Festlegungen der sowjetischen Führung einschlagen. Da es jedoch unterschiedliche Auffassungen darüber gab, wie die Führungstätigkeit zur Behebung der schwerwiegenden Probleme zu gestalten sei, erfolgte keine Beratung im ZK. Völlig überraschend für die Parteimitglieder und ohne jeden Kommentar der Parteiführung erschien am

am 9. Juni 1953 ein Kommuniqué des Politbüros, in dem eingestanden wurde, „eine Reihe von Fehlern“ begangen zu haben, zu deren Korrektur „eine Reihe von Maßnahmen“ zur „entschiedenen Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und der Stärkung der Rechtssicherheit“<sup>17</sup> empfohlen worden sei. Im einzelnen beschloß der Ministerrat der DDR am 11. Juni 1953 u.a. die Ausreichung von Krediten an Handwerker, Händler und kleine Unternehmer, die Stundung der Steuerrückstände, die bis Ende 1951 entstanden waren, die Rückgabe der Bauernwirtschaften an ihre in die BRD geflüchteten Eigentümer bei ihrer Rückkehr, die Zuerkennung voller Bürgerrechte an zurückgekehrte Republikflüchtige und ihre Wiedereingliederung ins gesellschaftliche Leben, die Zurücknahme aller Maßnahmen hinsichtlich der Entfernung von Schülern, Studenten und Lehrkräften aus Oberschulen, Hochschulen und Universitäten, eine Amnestie für alle, die nach dem Gesetz zum Schutze des Volkseigentums zu Haftstrafen von ein bis drei Jahren verurteilt worden waren, die Ausgabe von Lebensmittelkarten wieder an alle Bürger, die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen für Arbeiter, Lehrlinge und Schüler wieder ohne Einkommensbegrenzung.

Die Wirkung dieses Schrittes war zwiespältig. Zwar traten sofort hie und da Erleichterungen ein. So reagierten z.B. im Bezirk Gera die Justizorgane schnell und ließen schon am 10. Juni die ersten Häftlinge frei, bis zum 17. Juni insgesamt 187; außerdem erhielt der Großbauer Rothe aus Langengrobsdorf seinen Landwirtschaftsbetrieb zurück. Insgesamt aber überwogen die negativen Auswirkungen. Denn erstens kam der Beschluß zu spät; das Vertrauen in die Führung war bereits aufs stärkste erschüttert. Zweitens erfolgte er wieder einmal als „Geschenk von oben“, ohne jegliche Beratung mit der Basis der Partei oder gar mit den anderen Parteien und der gesamten Bevölkerung. Drittens überraschte diese schroffe Wendung alle; den einfachen Parteimitgliedern blieb es überlassen, sie den anderen Bürgern zu erläutern, obwohl sie selbst voller Unklarheit darüber waren, welche bisherigen Zielstellungen überhaupt noch als richtig anzusehen waren. Am schwerwiegendsten jedoch war viertens, daß keine Aufhebung der administrativ verfügten Erhöhung der Arbeitsnormen erfolgte. Im Gegenteil: Noch am 16. Juni erschien in der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ ein von Otto Lehmann gezeichneter Artikel, in dem es hieß: „Jawohl, die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfang richtig“, sie müßten „bis zum 30. Juni 1953 mit aller Kraft“<sup>18</sup> verwirklicht werden. Zwar nahm das Politbüro diesen Beschluß über die Normerhöhung noch am gleichen Tag zurück, aber das war bereits zu spät.

---

17 Dokumente der SED. Bd. IV, Berlin 1954, S. 428.

18 Zitiert nach Heinz Heitzer, a.a.O., S. 132.



## Die Juni-Ereignisse 1953<sup>19</sup>

Die Bauarbeiter am Neubau des Krankenhauses Berlin-Friedrichshain hatten sich am 15. Juni brieflich an Ministerpräsident Otto Grotewohl gewandt, um die Beibehaltung der bisherigen Normen zu erreichen. Der erwähnte „Tribüne“-Artikel goß gewissermaßen Öl ins Feuer; nun brach sich die Empörung Bahn. Am 16. Juni gegen 9 Uhr formierte sich in der Berliner Stalinallee ein Zug von etwa 80 Mann unter der Losung „Herabsetzung der Normen“, dem sich nach und nach immer mehr Bauarbeiter anschlossen. Gegen 14 Uhr hatten sich spontan und ohne jegliche Leitung etwa 2.000 Menschen vor dem Haus der Ministerien in der Leipziger Straße versammelt. Da sie keinen Ansprechpartner fanden, steigerten sich die Emotionen, und die Forderungen weiteten sich nach genereller Verbesserung der Lebenslage und nach dem Rücktritt der Regierung aus. Auf dem weiteren Marsch zum Alexanderplatz wurde nun der Ruf zum Generalstreik laut; eine Abordnung der Bauarbeiter bat den Westberliner Sender RIAS, den Aufruf zu verbreiten. In den Nachtstunden kam es vor allem durch Jugendliche zu ersten Randalen und Zerstörungen. Doch konnte zunächst die Ruhe wiederhergestellt werden.

Zwar wurden für den 17. Juni Kräfte der Volkspolizei in Berlin konzentriert, doch konkrete Einsatzbefehle gab es nicht. Die SED-Führung hoffte, mit einer ebenfalls vorgesehenen Informations- und Diskussionskampagne über die Rücknahme der Normerhöhungen weitere Unruhen verhindern zu können. Noch immer hatte sie die tiefe Kluft zwischen der SED und den Massen nicht erkannt.

Die Sendungen des RIAS gaben den Demonstrationen zwar von vornherein einen starken politischen Anstrich, schürten die Empörung, riefen zur Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern auf und förderten die Ausbreitung der Massenbewegung auf die DDR, aber sie verursachten sie nicht. Der Streik dehnte sich am 17. Juni zunächst in Berlin auf viele Betriebe aus, wurde aber nicht allumfassend. Es kam zur Wahl von Streikleitungen und Streikkomitees, doch bei den Demonstrationen zügen war nichts von Leitung oder Führung zu spüren.

Schon gegen 7 Uhr bewegten sich die ersten Demonstrationen züge in die Innenstadt. Sie drängten zum Haus der Ministerien. Dort wuchs die Menge rasch auf 25.000 an. Beim Versuch, in das Gebäude einzudringen, kam es zu Handgreiflichkeiten. Zahlreiche Volkspolizisten wurden entwaffnet. Inzwischen nah-

---

19 Die Ausführungen hierzu stützen sich hauptsächlich auf folgende Publikationen: Torsten Diedrich, *Der 17. Juni 1953 in der DDR*, Berlin 1991; Walter Hande/Hans Leucht, *17. Juni 1953: Die Ereignisse in Gera*, Jena 2003; Norbert Moczarski, *Der 17. Juni 1953 im Bezirk Suhl*, Erfurt 1996; Andreas Karmrodt, *Der 17. Juni 1953 in Jena. Volk – Polizei – Partei*, (Erfurt) 1997.

men auch immer mehr Westberliner an den Aktionen teil, wobei vor allem Angehörige der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) und der Ostbüros von CDU und SPD bemüht waren, den politischen Charakter der Demonstrationen zu verstärken. Gleichzeitig nahmen Zerstörungen und Plünderungen zu.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Protestaktionen fast die gesamte DDR erfaßt. In Jena hatte es bereits am 16. Juni in der Abt. Maschinenbau des Südwerkes von Zeiss Diskussionen über die Ereignisse in Berlin gegeben; Forderungen nach mehr Demokratie waren laut geworden. Am 17. Juni begann um 8 Uhr in der Gießerei des Südwerkes der Streik, kurze Zeit später im Hauptwerk. Gegen 8.30 Uhr formierte sich unter sozialen Losungen ein Demonstrationzug; die Belegschaft von Schott wie auch die des Betriebes Jenapharm wurden veranlaßt, sich gegen 10 Uhr anzuschließen. Die Demonstranten brachten zum Ausdruck, daß die Regierung für ihre Fehler genauso zur Rechenschaft zu ziehen sei wie die Arbeiter. SED-Funktionäre, die versuchten, die Massen zu beruhigen, wurden niedergeschrien. Die Demonstranten sammelten sich auf dem Holzmarkt; dort wurde die SED-Kreisleitung gestürmt und verwüstet. Ähnliches widerfuhr den Büros verschiedener Massenorganisationen. Gegen 10.30 Uhr stürmten Demonstranten die Untersuchungshaftanstalt Am Steiger 1 und befreiten 61 Häftlinge.

In Gera legten am 17. Juni um 7 Uhr die Belegschaften des Kompressorenwerkes I und des VEB Roto-Record die Arbeit nieder. Die 400 bis 500 Streikenden wählten ein Streikkomitee und stellten folgende Forderungen auf: „1. Senkung der HO-Preise um 40 %, 2. Erhöhung der Renten, 3. Rücktritt von Ulbricht und Grotewohl, 4. Aufhebung der Staatssicherheit, 5. Freilassung aller politischen Gefangenen, außer Kriegsverbrecher, 6. Abschaffung der Stromsperren, 7. Kürzung der Gehälter der KVP, 8. Keine Repressalien gegen anwesende Personen am 17. Juni, 9. Bezahlung der streikbedingten Lohnausfälle, 10. Bessere Verteilung der Lebensmittel.“<sup>20</sup> Die Streikenden zogen dann zur WEMA Union, wo sich ihnen ein Teil der Belegschaft anschloß, während die übrigen die Arbeit fortsetzten. Auch in anderen Werken nahmen nicht alle Beschäftigten an den Demonstrationen teil. Als der Demonstrationzug den Rat des Bezirkes erreichte, waren erstmals selbstgefertigte Transparente zu sehen, auf denen „Nieder mit der Regierung“ und „Der Spitzbart muß weg“ zu lesen war. Die Vorsitzende des Rates des Bezirkes Lydia Poser verhandelte mit einer Abordnung der Demonstranten. Gegen Mittag änderte sich der bisher friedliche Charakter der Aktionen. So versammelten sich etwa 250 Personen vor dem Gebäude der SED-Kreisleitung Gera-Stadt und zerstörten ein Bild Walter Ulbrichts. Etwa 120

---

20 Der 17. Juni 1953 in Gera, a.a.O., S. 51. In anderen Betrieben überwogen die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen noch stärker, sie machten dort 70–90 % aus.

Menschen versuchten, die Untersuchungshaftanstalt zu stürmen. Zu Tötlichkeiten kam es auch im Rathaus. Eintreffende Arbeiter der Wismut-AG verschärfte die Lage erheblich, da sie große Gewaltbereitschaft an den Tag legten. In der Innenstadt kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, Polizisten wurden entwaffnet und zum Teil mißhandelt, Transparente und Schaukästen zerstört. Im „Haus der Jugend“ entstanden Schäden in Höhe von rund 10.000 Mark. Insgesamt hatten sich in Gera etwa 6.000 Menschen an den Protestaktionen beteiligt.

Im allgemeinen läßt sich folgende Entwicklung erkennen: Zunächst entschlossen sich Arbeiter spontan zur Arbeitsniederlegung, bildeten Streikleitungen und formulierten Forderungen an die Regierung. Demonstrationzüge zu den Zentren der Macht von SED und Staat in den Städten und Ortschaften untermauerten die Proteste. Die Streikleitungen besaßen jedoch meist nur Einfluß auf ihre Betriebsbelegschaften; eine gemeinsame Führung der Protestbewegung gab es kaum. Nur im Raum Bitterfeld und in Görlitz lassen sich Leitungen nachweisen, die über einen Ort hinaus wirkten.

Die Demonstrationzüge erhielten großen Zulauf von Passanten, von Menschen aus vielen Schichten der Bevölkerung. Die politischen Forderungen (nach freien Wahlen, nach Sturz der Regierung, nach Abschaffung der Kasernierten Volkspolizei u.ä.) nahmen rasch zu. Der Einfluß der Streikleitungen auf die Bewegung schwand ebenso schnell.

Verallgemeinernd läßt sich sagen, daß sich etwa ab 17. Juni mittags der bisher relativ friedliche Protest gegen die SED-Politik hin zu Gewalttaten wandelte. Nun wurden in wachsendem Maße Gebäude der Staatsmacht, der SED und von Massenorganisationen gestürmt und verwüstet, Häftlinge aus Gefängnissen befreit, Funktionäre und Angehörige der Sicherheitskräfte zum Teil schwer mißhandelt; es gab unter ihnen auch Tote.

Weder die SED-Führung noch die Staatsorgane waren auf ein solches Ausmaß der Unruhen vorbereitet gewesen. Das wirkte sich auf den Einsatz der Sicherheitskräfte äußerst negativ aus. Die Volkspolizei wurde von den Ereignissen überrascht, die örtlichen Kommandeure wurden von ihren Vorgesetzten nicht ausreichend informiert. Ihre Kräfte reichten nicht aus, die Ereignisse unter Kontrolle zu halten. Anweisungen zum Schußwaffengebrauch hatte es nicht gegeben. Am 17. Juni gegen 10 Uhr bezogen Einheiten der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland Bereitstellungsräume in Ostberlin. Panzer, Schützenpanzerwagen und Lastkraftwagen fuhren auf. Gegen 12.30 Uhr gab der sowjetische Stadtkommandant den sowjetischen Militäreinheiten den Befehl zur Herstellung von Ruhe und Ordnung in Ostberlin. „Panzer fuhren in die Demonstrationzüge und über die Plätze, um die Massenansammlungen zu zerstreuen. Mannschaftswagen und Schützenketten sperrten die Sektorengrenze ab und versuchten, einen

weiteren Zustrom von Menschen aus dem Westteil der Stadt zu verhindern.“<sup>21</sup> Zeitzeugen berichten, daß die ersten sowjetischen Einheiten vielfach auf offenen LKW heranfuhrten und sich trotz Angriffen mit Steinen nicht provozieren ließen. Ab 13 Uhr brachen die sowjetischen Streitkräfte, wenn notwendig, Widerstand auch mit Waffeneinsatz; die sowjetische Militärkommandantur hatte den Ausnahmezustand verhängt. Jetzt nahmen immer mehr Jugendliche an den Auseinandersetzungen teil. Nicht nur die Aggressivität der Demonstranten nahm zu, auch der politische Charakter des Protestes kam immer deutlicher zum Ausdruck. Es gab zahlreiche Verletzte und unter den Demonstranten auch Tote. Erst gegen Abend konnte in Ostberlin der Ausnahmezustand durchgesetzt werden. Hunderte von Personen wurden verhaftet und in ein Sammellager in Berlin-Friedrichsfelde verbracht.

Auch außerhalb Berlins griffen Einheiten der Sowjetarmee erst nach den Mittagsstunden ein. In Jena, wo sich auf dem Markt und dem Holzmarkt etwa 20.000–25.000 Menschen angesammelt hatten, fuhrten sowjetische Einheiten zum Gebäude der SED-Kreisleitung vor, stürmten es und nahmen einige Demonstranten fest. Gegen 15.30 Uhr rückten Panzer ins Stadtzentrum ein. Als Demonstranten versuchten, Straßenbahnwagen als Barrikaden aus den Gleisen zu heben, bahnten sich die sowjetischen Truppen nach Warnschüssen ihren Weg zum Gebäude der SED-Kreisleitung. Ab 17 Uhr galt auch in Jena der Ausnahmezustand. In Gera verhängte der sowjetische Kommandant ebenfalls um 17 Uhr den Ausnahmezustand. Panzer und Soldaten zerstreuten die Demonstranten.

Aber auch in den Tagen danach trat vorerst keine Ruhe ein. In Gera kam es vom 18. bis 21. Juni 1953 in drei Betrieben zu Streiks. In Jena wurde am 7. Juli 1953 abends in der Abteilung MOB des VEB Carl Zeiss auf einer Gewerkschaftsversammlung ein Forderungskatalog mit 33 Punkten beschlossen. Wohl waren diese Forderungen zu zwei Dritteln wirtschaftlicher und sozialer Natur, doch unter den politischen Forderungen wurde eine zum Auslöser neuer Aktionen, die Forderung nach sofortiger Freilassung aller im Zusammenhang mit den Juni-Ereignissen Inhaftierten und nach Aufhebung bereits erfolgter Verurteilungen. Sie war als Ultimatum an das Bezirksgericht Gera formuliert, das sich bis Sonnabend, den 11. Juli 1953, 7.30 Uhr entscheiden sollte. Ansonsten drohten auch andere Abteilungen mit Streiks. Da das Bezirksgericht und die anderen staatlichen Stellen nicht nachgaben, begann der Streik, an dem sich etwa 3.500 Arbeiter beteiligten. Trotz eines großen Aufgebots an Volkspolizei im Stadtgebiet flammten die Streiks immer wieder auf, flauten aber im Laufe des Montag

---

21 Torsten Diedrich, a.a.O., S. 80.

ab. „In den folgenden Wochen beruhigte sich die Situation und die Partei hatte die Kontrolle über die Lage wiederhergestellt.“<sup>22</sup>

Während der Juni-Ereignisse selbst hatte sie diese Kontrolle nicht besessen. Das Informationssystem der SED hatte versagt, die Parteiführung auf den verschiedenen Ebenen hatte keine Erkenntnis über die tatsächliche Lage in ihren Verantwortungsbereichen. Die Aussagen über die Haltung der SED-Mitglieder in Gera können wohl für die gesamte DDR verallgemeinert werden: In Berichten heißt es, „daß die Genossen meist abseits standen, nicht eingriffen, vor der Diskussion zurückwichen, die Streiks als gerechtfertigt ansahen, Streikforderungen unterstützten, an Ausarbeitung (von) Resolutionen beteiligt waren, im Streikkomitee mitarbeiteten oder gar als ‘Rädelsführer’ in Erscheinung traten. Zugleich gab es in mehreren Betrieben Genossen und Parteilose, die aktiv gegen Streik und Demonstration auftraten ...“<sup>23</sup>

Insgesamt hatten im Juni 1953 in mehr als 500 Orten, in allen Bezirkshauptstädten außer in Suhl, in 167 der 217 Kreisstädte Proteste stattgefunden. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) beschränkte sich die Erhebung auf fünf Orte in vier Kreisen, im Bezirk Suhl auf einige Orte in den Kreisen Hildburghausen, Schmalkalden und Suhl. In der DDR nahmen allein am 17. Juni rund 500.000 Menschen an Streiks, etwa 418.000 an Demonstrationen teil.

Im Zusammenhang mit den Juni-Ereignissen wurden in der DDR ca. 13.000 Menschen verhaftet, von denen rund 2.000 rechtskräftig verurteilt wurden. In Jena betrug die Zahl der Verhafteten mehrere Hundert. Alfred Diener, der nach der Erstürmung der SED-Kreisleitung verhaftet worden war, wurde von sowjetischen Militärbehörden standrechtlich erschossen.

Die Niederschlagung der Erhebung hatte die Probleme keineswegs gelöst. Es kam nun alles darauf an, wie die Spitze der SED den verkündeten „neuen Kurs“ realisieren würde, wie „neu“ er wirklich war. Viel hing davon ab, wie die Führung der SED die von Bertolt Brecht für erforderlich gehaltene „große Aussprache mit den Massen über das Tempo des sozialistischen Aufbaus“<sup>24</sup> zu führen gedachte und daß die Arbeiter, „die in berechtigter Unzufriedenheit demonstriert haben, nicht mit den Provokateuren auf eine Stufe gestellt“<sup>25</sup> werden würden.

---

22 Andreas Karmrodt, Der 17. Juni 1953 in Jena..., a.a.O., S. 26.

23 Der 17. Juni 1953 in Gera, a.a.O., S. 6.

24 Bertolt Brecht, Briefe 1913–1956. Bd. 1, Berlin und Weimar 1983, S. 725.

25 Ders., Schriften zur Politik und Gesellschaft. Bd. II, Berlin und Weimar 1968, S. 226.



## Die Bundesrepublik und der 17. Juni 1953

Im Mai 1952 war der Vertrag über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten – „General- oder Deutschlandvertrag“ – in Bonn unterzeichnet worden. Mit ihm endete das Besatzungsregime und die Bundesrepublik wurde souverän, vorbehaltlich der verbleibenden alliierten Sonderrechte bezüglich der Truppenstationierung und des Notstandsrechts, des Status Berlins und schließlich Deutschlands als Ganzes einschließlich der Fragen von Wiedervereinigung und Friedensvertrag. Zuvor war wesentlich auch aufgrund des hartnäckigen Betreibens Adenauers das Verhandlungsangebot zur Wiedervereinigung in der Note der Sowjetunion vom 10. März 1952 von westlicher Seite abgelehnt worden. Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, so hatte der Bundeskanzler den Vorrang von Westbindung und Aufrüstung am 1. März 1952 in Heidelberg umschrieben, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen.

Die Beschlüsse der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurden seitens der Bundesregierung entsprechend ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zum zweiten deutschen Staat und den dort eingeleiteten Umgestaltungen angegriffen und entschieden verurteilt: „In noch stärkerem Ausmaße als bisher werden unsere Brüder und Schwestern jenseits der Zonengrenzen das Los einer bolschewistischen Zwangsherrschaft erdulden müssen.“ Es gelte „angesichts der furchtbaren Wirklichkeit“ hinter dem Eisernen Vorhang nunmehr „der entschlossene Wille, den Westen unseres deutschen Vaterlandes zu einem festen Bollwerk gegen den Bolschewismus zu machen, zu einer geistigen Fliehbürg, deren Kraftströme die Menschen der Sowjetzone in ihrem Widerstandswillen stärken“.<sup>26</sup>

Im ersten Halbjahr 1953 standen für Adenauer die Anstrengungen für den bundesdeutschen Beitrag zu einem entstehenden westeuropäischen Militärbündnis im Vordergrund, nicht zuletzt angesichts der andauernden Widerstände seitens der SPD und in der Bevölkerung. Die „Dienststelle Blank“ wandte sich den vorbereitenden Planungen zu. Präsident Eisenhower zeigte sich Anfang Februar 1953 – kurz nach seinem Amtsantritt – in einem Brief an Adenauer „insbesondere beeindruckt von der Unterstützung, die die Bundesregierung dem Plan der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegeben habe“. Gleichzeitig erklärte US-Außenminister John Foster Dulles in Bonn mit unverhohlener antisowjetischer Drohung: „Selbst wenn die Spaltung Deutschlands weiter nichts als eine Schwächung des Westens bedeute, dann sei sie schon ein Vorgang, der wieder

---

26 Die Machthaber der Sowjetzone demaskieren sich. Die II. Parteikonferenz der SED - Start in die Volksdemokratie, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 90, 15. Juli 1952, S. 898.

rückgängig gemacht werden müsse.“<sup>27</sup> In einem offiziellen Kommentar hieß es, daß Europa eine entscheidende Rolle in einer globalen Strategie spiele, die gegenüber dem „aggressiven Weltkommunismus“ aus der politischen Defensive in die Offensive übergehe.

Bundestagspräsident Hermann Ehlers hatte entgegen einer Empfehlung Adenauers am 19. September 1952 eine Delegation der Volkskammer zu einem kurzen Gespräch empfangen. In der Folgezeit verhinderten politische Schritte auf beiden Seiten, daß von der Begegnung nennenswerte Impulse für eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen ausgehen konnten. Seit Anfang 1953 gaben vor allem innere Probleme und Konflikte der DDR den gegen sie gerichteten Angriffen Nahrung, darunter Versorgungsprobleme, ansteigende Flüchtlingswelle, Auswirkungen der Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften, verbreitete Rechtswillkür, Diskriminierung kirchlicher Gruppen und Aktivitäten (insbesondere unter Studenten und Jugendlichen), der Aufbau der im August 1952 gegründeten paramilitärischen Gesellschaft für Sport und Technik (GST), antisemitische Implikationen bei politischer Verfolgung u.a.m.

Eine offiziöse Betrachtung zur Situation nach Stalins Tod am 5. März 1953 mündete in den Schluß, daß die Anstrengungen Moskaus dahin gehen werden, „noch stärker und gefährlicher zu werden“. Das müsse vom Westen „mit derselben Anstrengung beantwortet werden“. Vor dem Bundestag betonte Adenauer am 19. März, daß mit dem Tod Stalins die Gefahren in der Welt nicht gemindert und „der Abschluß der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ noch notwendiger geworden seien. Im Ergebnis des USA-Besuchs des Kanzlers Anfang April bekundeten er und Präsident Eisenhower „die Übereinstimmung darüber, daß die Beteiligten unbeirrt die Einigung Europas durch eine baldige Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft fördern sollen“. In den folgenden Wochen bekräftigte Adenauer erneut die Ablehnung des Potsdamer Abkommens, das keine Grundlage für eine friedensvertragliche Regelung sein könne.

Die Bundesregierung hatte bis zum 16. Juni 1953 in der von der SED angekündigten Kursänderung Erleichterungen für deren Bürger gesehen, obgleich kein grundsätzlicher oder langfristiger Wandel der Politik erkennbar sei. In einer Regierungserklärung vor dem Bundestag am 17. Juni 1953 sagte Adenauer angesichts der offen und verbreitet ausgebrochenen Unruhen: „Wie auch die Demonstrationen der Ost-Berliner Arbeiter in ihren Anfängen beurteilt werden mögen, sie sind zu einer großen Bekundung des Freiheitswillens des deutschen Volkes in der Sowjetzone und Berlin geworden. Die Bundesregierung empfindet

---

27 Der Besuch des Außenministers Dulles in Bonn, in: Bulletin..., a.a.O., Nr. 26, 7. Februar 1953, S. 209.

mit den Männern und Frauen, die heute in Berlin Befreiung von Unterdrückung und Not verlangen. Wir versichern ihnen, daß wir in innerster Verbundenheit zu ihnen stehen. Wir hoffen, daß sie sich nicht durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen lassen, die ihr Leben und die Freiheit gefährden könnten.“<sup>28</sup> Eine wirkliche Änderung könne für die Ostdeutschen „nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit“ erreicht werden. Die Bundesregierung veranstaltete am 21. Juni im Bundeshaus eine Gedenkstunde für die Opfer in Berlin und in der „SBZ“, auf der Bundespräsident Theodor Heuß sprach.

Im März 1952 war der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ gegründet worden, der verschiedene gesellschaftliche Kräfte zur Vorbereitung des „Tages X“ zusammenführen und entsprechende Vorbereitungen koordinieren sollte. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, forderte am 23. Juni 1953 in Berlin: „Beseitigung des kommunistischen Systems in der Sowjetzone und Beseitigung der Teilung unseres Landes.“ Der Staatssekretär seines Ministeriums, Franz Thedieck<sup>29</sup>, sprach in diesen Tagen über die wirtschaftspolitische Vorbereitung der Wiedervereinigung durch Gremien der Bundesregierung: „Bis jetzt sind von den einzelnen Arbeitsgruppen des Forschungsbeirats folgende Teil-Bilanzen erstellt worden: Die Ernährungsbilanz, die Arbeitskräftebilanz und die Energiebilanz. Ferner wurde festgestellt, welcher soziale Aufwand in der SBZ nach der Wiedervereinigung erforderlich ist. In Arbeit befinden sich die Bilanzen für Eisen und Stahl sowie Holz und Textil. Feststellungen auf dem Gebiete des Verkehrs, der Wohnungswirtschaft und der Versicherungswirtschaft sind eingeleitet. Die Verwirklichung einer Fusionierung erfordert die völlige Beseitigung der staatlichen Wirtschaftsordnung der SBZ. Diese Wirtschaftsordnung unterscheidet sich diametral von der freien Marktwirtschaft der Bundesrepublik.“<sup>30</sup>

---

28 Große Bekundung des Freiheitswillens. Regierungserklärung im Bundestag, in: Bulletin..., a.a.O., Nr. 112, 18. Juni 1953, S. 949.

29 F. Thedieck war 1940-43 Generalreferent der deutschen Militärverwaltung im besetzten Belgien. Noch im Dezember 1949 hatte Adenauer gegenüber J. Kaiser und bezugnehmend auf „für mich maßgebende Herren in Belgien“ dessen Einsetzung als Staatssekretär abgelehnt – „und zwar lediglich wegen des Eindrucks, den eine solche Ernennung nach außen machen würde.“ Er erinnerte daran, daß er selbst „von der Ernennung des Herrn Vizepräsidenten Globke zum Staatssekretär Abstand genommen habe, weil er, der nicht PG war, an dem bekannten Kommentar mitgearbeitet hatte und wir bei der Ernennung von Staatssekretären sorgsam darauf achten müssen, daß wir nicht irgendwelchen Angriffen dadurch Material geben“. (Adenauer, Briefe 1949–1951. Bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1985, S.144) Thedieck wurde 1950 und Globke 1953 Staatssekretär.

30 Vorbereitung für den „Tag X“. Die wirtschaftlichen Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit, in: Bulletin..., a.a.O., Nr. 118, 26. Juni 1953, S. 1002.



Die Behauptungen der SED-Führung vom „faschistischen Putsch“, der wesentlich durch feindliche Umtriebe von außen zustande gekommen wäre, widersprachen den Erfahrungen der meisten westdeutschen Bürgerinnen und Bürger. Sie korrespondierten mit den Aussagen der SED und KPD bezüglich einer „Refaschisierung“ von Gesellschaft und Staat der Bundesrepublik. Berechtigt und notwendig war die Kritik an der weitgehenden Verdrängung der NS-Vergangenheit und an der ihr zugrundeliegenden sozioökonomischen und personellen, vielfach auch ideologisch-politischen Kontinuität vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Diese Kritik wurde – auch im Parlamentarischen Rat und im ersten Bundestag – vor allem von kommunistischen Antifaschisten wie Max Reimann, Heinz Renner und Friedrich Rische vertreten. Das Gleiche gilt für die Unduldsamkeit gegenüber den früh und dreist sich ausbreitenden alt- und neofaschistischen Umtrieben.

Jedoch war auch die Gesamtheit solcher ebenso charakteristischen wie kritikwürdigen Erscheinungen keine „Faschisierung“ als vermeintlicher Grundtendenz des bundesdeutschen Herrschafts- und Gesellschaftssystems. Letztere entwickelte sich ungeachtet erheblicher restaurativer und antikommunistisch-illiberaler Deformationen vielmehr mit zunehmender Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sowie wiedergewonnenen politischen Rechten und Freiheiten. Dem Antrag der Bundesregierung folgend, hatte das Bundesverfassungsgericht am 23. Oktober 1952 die nazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) verboten. Der Verbotsantrag war von der Regierung im November 1951 gleichzeitig mit dem gegen die KPD beschlossen und eingereicht worden. Das Vorgehen gegen die SRP sollte offensichtlich gegenüber dem Ausland beschwichtigend wirken, wo die Beunruhigung über die sprunghafte Zunahme rechtsextremer Organisationen und Aktivitäten seit der Gründung der BRD sowie die sie begleitende Schlußstrichmentalität zugenommen hatte. Dazu kam eine Alibifunktion angesichts des massiven Vorgehens gegen Kommunisten, linke Antifaschisten und in der Folge überhaupt gegen couragierte Kritiker der Adenauerschen Politik der Spaltung und Aufrüstung. Die Bundesregierung verbot am 10. Februar 1953 das „Freikorps Deutschland“, das – von mehreren nazistischen Organisationen im August 1951 gegründet – als paramilitärischer Verband unter der Schirmherrschaft des früheren Oberst Rudel und aus Protest gegen die am 20. Juli 1944 „am Umsturzversuch beteiligten Offiziere“ mit einer „Deutschen Führung“ die Staatsgewalt übernehmen wollte.

Mit Wirkung vom 5. August 1953 beschloß der Bundestag, daß der 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ gesetzlicher Feiertag ist. Damit wurde auch der Versuch beendet, den 7. September – Tag der konstituierenden Sitzung des ersten Bundestages – als Gedenktag einzuführen; er war von der Öffentlichkeit mehrheitlich nicht angenommen worden. Sein Scheitern bezeugte, daß die Kon-

stituierung der Bundesrepublik einer integrierenden und zukunftssträchtigen Leitidee entbehrte. Dagegen kam bei dem Anlaß „17. Juni“ neben liberalen und menschenrechtlichen Motiven auch der staatstragende militante Antikommunismus uneingeschränkt zum Zug. Während dieser Feiertag binnen weniger Wochen beschlossen war, verging mehr als ein halbes Jahrhundert, bis die Repräsentanten der Bundesrepublik sich zu einem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus bereit fanden.

Bei der zweiten Bundestagswahl am 6. September 1953 konnten CDU/CSU und FDP mit 44,2 % bzw. 9,5 % deutlich zulegen, während die SPD geringfügig verlor und die KPD, die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) Gustav Heinemanns sowie weitere Parteien an der erstmalig für das Bundesgebiet geltenden Fünf-Prozent-Klausel scheiterten. Unzweifelhaft haben die Ereignisse um den 17. Juni und der anschwellende Flüchtlingsstrom aus der DDR sowie die sie begleitende verschärfte antikommunistische Atmosphäre nicht unerheblich einen solchen Wahlausgang beeinflußt und dazu beigetragen, daß die Positionen der restaurativen und autoritären Kreise um Adenauer gestärkt wurden. Das wurde unterstützt von dem für Millionen sicht- und erlebbar begonnenen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg, der insbesondere im Abbau der Arbeitslosigkeit, in Lohnerhöhungen, im Wohnungsbau sowie in einem reichhaltigen und zunehmend für viele erschwinglichen Warenangebot erfahren und als dessen politische Repräsentanten vor allem der Kanzler und die Union angesehen wurden.

Es entsprach dem bundesdeutschen Zeitgeist, daß dem zweiten Adenauerkabinett mit Waldemar Kraft, Theodor Oberländer und Gerhard Schröder (CDU) bereits drei Minister mit NS-Vergangenheit angehörten. Dazu kam wiederum als Finanzminister mit Fritz Schäffer (CSU) der letzte Vorsitzende der rechtskonservativen Bayerischen Volkspartei (BVP) vor 1933. Ohne auf die Mandate der Deutschen Partei (DP) für eine „Kanzlermehrheit“ angewiesen zu sein, holte Adenauer diese rechtsaußen stehende Kraft mit Heinrich Hellwege und Hans-Christoph Seebohm erneut in die Koalition. Die Naumann-Affäre Anfang 1953 um ehemals führende NS-Funktionäre in der FDP und weitere Indizien dafür, daß sich besonders in ihren nord- und westdeutschen Landesverbänden in beträchtlichem Maße unbelehrbare ehemalige Aktivisten und Mitglieder der NSDAP tummeln, beeinträchtigte ihre Koalitionstauglichkeit in den Augen des Kanzlers keineswegs.

Neben der Verbotsdrohung gegen die KPD und ihr verbundene Organisationen sowie ihrer Verfolgung seit 1950 haben vor allem die auch unter dem Einfluß Moskaus und der SED vertretenen Fehleinschätzungen in der begonnenen Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden zum raschen und nachhaltigen Einfluß- und Ansehensverlust dieser Partei beigetragen. Ihre aus antikapitalistischen und antifaschistischen Motiven sowie von der gemeinsamen Zuge-

hörigkeit zur kommunistischen Weltbewegung gespeiste Verbundenheit mit der SED und der DDR beschleunigte unter den Auswirkungen des 17. Juni die Rückschläge. Die KPD verlor gegenüber 1949 mehr als die Hälfte der Zweitstimmen und ihr Anteil sank von 5,7 % (1949) auf 2,2 % am 6. September 1953. Die Partei wurde am 17. August 1956 verboten. In diesem Punkt befand sich die Bundesrepublik an der Seite der faschistisch-militaristischen Diktaturen in Spanien, Portugal und der Türkei.

Adenauer blieb seinen Gegenspielern an der Spitze der DDR – Grotewohl, Pieck und Ulbricht – in Schwarz-Weiß- bzw. holzschnittartigen Feindbildern nichts schuldig. Im Gegensatz zu ihnen lehnte er bis zum Ende seiner Kanzlerschaft 1963 politische Gespräche und Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten auf höchster Ebene ab. Seiner strikt antikommunistischen Ideologie und Strategie dienend, enthielt seine zeitgeschichtliche Analyse neben Wahrheiten auch erhebliche Auslassungen, Einseitigkeiten und Fälschungen. In diesem Licht sind auch seine deutschlandpolitischen Entscheidungen in ihren Motiven und Auswirkungen kritisch zu hinterfragen. Peter Bender stellt 1993 fest, daß zwar die spätere sozialliberale Deutschlandpolitik kritisiert werde, jedoch niemand über Versäumnisse der ersten Nachkriegskabinette spreche: „Eine Wiedervereinigungspolitik, die diesen Namen verdient, hat es in Bonn nie gegeben; Adenauer und Erhard betrieben sie ebensowenig wie alle ihre Nachfolger.“ Wahrscheinlich habe es in den fünfziger Jahren keine Chance für die Einheit gegeben. „Unverkennbar war jedoch, daß Adenauer fast nichts anderes anstrebte als die unlösbare Verklammerung Westdeutschlands mit dem Westen. Die Westbindung hatte nicht nur Vorrang, sondern absoluten Vorrang vor allen politischen und sogar humanitären Erfordernissen im Osten – nach einer neuen Untersuchung scheint Adenauer sogar die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion so lange ihrem Schicksal überlassen zu haben, bis er seine Westverträge unter Dach und Fach hatte.“<sup>31</sup> Die künftigen Forschungen und Darstellungen zu den fünfziger Jahren haben in der Tat ungleich stärker als bisher die widerspruchsvolle Frühgeschichte der Bundesrepublik, nicht zuletzt das politische Denken und Handeln ihrer führenden Politiker, einzubeziehen. Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 sind schließlich nur im Kontext der gesamten deutschen Nationalgeschichte seit 1871, 1914 und 1945 zu erhellen und historisch gerecht zu bewerten.

---

31 Peter Bender, Adenauer, Erhard, Kiesinger und die DDR, in: DIE ZEIT, Nr. 24 vom 11. Juni 1993.

## Zwiespältige Nachwirkungen

Zunächst schien es, als wollte die SED-Führung den Ratschlägen Bertolt Brechts folgen. Am Abend des 21. Juni 1953 kam das Zentralkomitee (ZK) zu seiner 14. Tagung zusammen und nahm einstimmig eine EntschlieÙung an, die am folgenden Tage veröffentlicht, an Litfaßsäulen und Wänden angeschlagen wurde. In ihr hieß es u.a.: „Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter! Aus dieser grundlegenden Feststellung ergibt sich für alle Mitglieder und Funktionäre unserer Partei die Notwendigkeit, mit größter Sorgfalt zu unterscheiden zwischen den ehrlichen, um ihre Interessen besorgten Werktätigen, die zeitweise den Provokateuren Gehör schenken – und den Provokateuren selber.“ An anderer Stelle war deutlich gesagt, daß „die Partei eine Wende vollziehen muß in ihrem Herantreten an die Arbeiterschaft und zwar mit dem heutigen Tage!“<sup>32</sup>

Aus der Erkenntnis heraus, daß vor allem wirtschaftliche und soziale Verschlechterungen seit Ende 1952 den massenhaften Unmut hervorgerufen hatten, bemühten sich SED-Führung und Regierung um die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung durch Importe und verschiedene Preissenkungen. Ferner erließ die Regierung die erforderlichen Verordnungen zur Verwirklichung der am 9. und 11. Juni 1953 angekündigten Maßnahmen des „Neuen Kurses“. Es kam zu Lohnerhöhungen, zur Senkung der Einkommenssteuern und zur Erhöhung der Mindestrenten; außerdem hob die Regierung die im Frühjahr 1953 erfolgten Einschränkungen sozialer Leistungen wieder auf.

Diese Maßnahmen waren begleitet von einer umfangreichen Kampagne der „Aufklärung“ über die Juni-Ereignisse aus der Sicht der SED-Führung, in der auch die Politik der SED im „Neuen Kurs“ erläutert wurde. Doch stellte sich die gewünschte „offene Aussprache“ angesichts zahlreicher Verhaftungen natürlich nicht ein. In der EntschlieÙung der 14. Tagung des ZK der SED war nämlich auch gefordert worden: „Das Zentralkomitee erwartet zugleich von allen Mitgliedern und Funktionären, daß sie mit geschärftem Auge gegen die tatsächlichen Provokateure vorgehen, sie vor der Masse der Werktätigen entlarven und mit ihrer Hilfe den Sicherheitsorganen übergeben.“<sup>33</sup> Offen blieb dabei, was als Provokation zu gelten hatte; dafür gab es keine Kriterien und das öffnete Denunziationen Tür und Tor. Das belegt schon das Beispiel des Justizministers Max Fechner. Er hatte in einem Interview, das in „Neues Deutschland“ veröffentlicht wurde, vom „verfassungsmäßig gesicherten Streikrecht“ gesprochen,

---

32 Zitiert nach: Das Herrnsstadt-Dokument. Hrsg., eingel. u. bearb. v. Nadja Stulz-Herrnsstadt, Reinbek b. Hamburg 1990, S. 91.

33 Zitiert nach: Ebenda.

was ja zutraf (Art. 14), und sich folglich für eine weitgehende Strafflosigkeit der Streikenden und ihrer Leitungen ausgesprochen. Walter Ulbricht sprach den Streiks jedoch jede Berechtigung ab und kennzeichnete sie als „staatsfeindlich“. Folgerichtig wurde Fechner verhaftet und zu mehrjähriger Haft verurteilt. Insgesamt gab es bis zum 30. Juni 1953 in der gesamten DDR 6.171 Festnahmen, von denen allerdings 2.506 aus der Untersuchungshaft wieder entlassen wurden. Die übrigen wurden den Staatssicherheitsorganen, den Staatsanwaltschaften oder den sowjetischen Militärbehörden übergeben.

Wie wenig „neu“ der „Neue Kurs“ wirklich war, zeigte sich auch an der Haltung der SED-Führung gegenüber den Intellektuellen. Als der Präsidialrat des Kulturbundes am 3. Juli 1953 zusammentrat, rechneten einige seiner Mitglieder scharf mit den bisherigen Zuständen in der DDR ab. Mehrere Redner kritisierten die Nichteinhaltung der Verfassung und die Rechtsunsicherheit. Der Jenaer Professor Otto Schwarz erklärte, in der DDR habe es ein „Regime der Funktionäre“ gegeben, das durch ein wirkliches Regime des Volkes abgelöst werden müsse. Prof. Günther Rienäcker ging noch weiter, als er konstatierte, daß „... viele Mißstände durch unerhörte Pfuscharbeit und Dilettantismus gekommen sind, und ein Pfuscher und ein Dilettant bleibt ein Pfuscher und ein Dilettant, auch wenn die Regierung sich umschaltet ... Unmenschen werden keine Menschen, auch wenn der Regierungskurs gewechselt wird! ... Liebe Freunde, das Vertrauen können wir nur wiedergewinnen, wenn Dilettanten und Pfuscher, wenn die Unmenschen und wenn diejenigen, die in krassen Fällen die Verfassung gebrochen haben, dafür zur Verantwortung gezogen werden, und zwar unverzüglich.“<sup>34</sup>

Das Präsidium der Deutschen Akademie der Künste hatte am 30. Juni, der Präsidialrat des Kulturbundes am 3. Juli 1953 Vorschläge zur Neugestaltung des geistigen Lebens in der DDR formuliert. Sie forderten übereinstimmend, die Verantwortung des Künstlers für seine Werke vor der Öffentlichkeit wieder herzustellen, staatliche Organe sollten administrative Eingriffe in die künstlerische Produktion unterlassen, die Organisationen der Künstler und Wissenschaftler sollten mitwirken bei der Gestaltung einschlägiger Gesetze und Verordnungen, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, bei der Gestaltung von Ausstellungen usw.; ferner wünschten sie eine größere Breite des geistigen Schaffens im Lande. Der Kulturbund verlangte darüber hinaus Meinungsfreiheit in allen wissenschaftlichen und künstlerischen Fragen sowie die Sicherstellung der Selbständigkeit des Lehrers im Unterricht; außerdem forderte er gewisse soziale Verbesserungen ein.

---

34 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO/BA), Archiv des Kulturbundes, Nr. 261, Bl. 226.



Der Philosoph Wolfgang Harich veröffentlichte in der „Berliner Zeitung“ einen Artikel, in dem er die Kulturpolitik der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten einer vernichtenden Kritik unterzog. Bertolt Brecht hatte in Briefen an Ministerpräsident Otto Grotewohl und an den für Kulturfragen zuständigen Sekretär des ZK der SED Paul Wandel ebenfalls grundlegende Veränderungen in der Kulturpolitik angemahnt.

Alle diese Vorschläge beruhten auf einer grundsätzlichen Akzeptanz der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der DDR, sollten diese allerdings demokratisieren und wirksamer gestalten. Eine konsequente Demokratisierung und die strikte Einhaltung der Verfassung mußten jedoch in Widerspruch zur praktizierten Führungsrolle der SED geraten und wurden deshalb in der Führung der SED als erhebliche Gefahr betrachtet, wenngleich Otto Grotewohl und Walter Ulbricht auf der 15. Tagung des ZK der SED im Juli 1953 diese Vorschläge relativ wohlwollend bewertet hatten.

Der Angriff auf die Veränderungsvorstellungen der Intellektuellen begann im Zentralorgan der SED. Im Juli erschienen in „Neues Deutschland“ Leserbriefe, die dem Kulturbund „Loslösungsbestrebungen“ vom Staate und gefährliche Positionen unterstellten. Der Chefredakteur gewann den Kunsthistoriker Walter Besenbruch für einen Artikel, der am 19. Juli 1953 erschien und einen breit angelegten Vorstoß gegen die Vorschläge der Deutschen Akademie der Künste und des Kulturbundes darstellte.

Inzwischen hatte es Walter Ulbricht auf der 15. Tagung des ZK der SED vermocht, die Kritiker seiner Amtsführung als Generalsekretär der Partei aus dem Politbüro und dem Zentralkomitee zu entfernen, da sie angeblich die Einheit der Parteiführung hätten zerstören wollen und eine „kapitulantenhafte“ Politik betrieben hätten.

Unter diesen Umständen mußte der Kulturbund seine Vorschläge verteidigen. Bundessekretär Erich Wendt tat das sowohl in der Wochenzeitung „Sonntag“ als auch in einer Rede vor der Volkskammer am 30. Juli 1953. Bertolt Brecht rechtfertigte in einem grundsätzlichen Artikel in „Neues Deutschland“ am 13. August 1953 die Vorschläge der Deutschen Akademie der Künste und kritisierte mit bissigen Worten die Arbeitsweise der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten. Alexander Abusch, damals ebenfalls Bundessekretär des Kulturbundes, wandte sich zehn Tage später deutlich gegen die von Besenbruch vorgebrachten Argumente und beteuerte dabei, die Vorschläge wollten keineswegs die Rolle des Staates beeinträchtigen.

Wenige Wochen später jedoch lassen sich auch aus den Reihen des Kulturbundes selbstkritische Töne zu den Vorschlägen vernehmen. Im „Sonntag“ vom 13. September 1953 nahm das Bundessekretariat Stellung zur Diskussion um die Vorschläge, verteidigte diese zwar, räumte zugleich jedoch ein, in der Diskussi-

on seien auch falsche Auffassungen vorgetragen worden, so die Forderung nach absoluter Freiheit der Diskussion; alle Versuche, die grundlegende Richtung der Kulturpolitik anzugreifen, müßten zurückgewiesen werden.

Die Position der Partei- und Staatsführung wurde vollends offenbar in der Aussprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl mit Kulturschaffenden am 19. Oktober 1953. Dabei ging es auch um die Mitwirkung der Künstler bei der Verwirklichung des „Neuen Kurses“. Grotewohl gestand zwar zu, daß sich die Künstler in den Junitagen an die Seite der Regierung gestellt hatten, doch gebe es bei ihnen noch manche Unklarheit, so in der Frage des Verhältnisses von Staat und Kunst. Er kritisierte nun scharf diejenigen Vorschläge der Akademie und des Kulturbundes, die auf eine Erweiterung der Spielräume der Künste und auf mehr Demokratie in Staat und Gesellschaft abzielten. Derartige Auffassungen würden daher rühren, daß die Rolle des Staates als Herrschaftsinstrument der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, also der Mehrheit des Volkes, verkannt würde. Grotewohl betonte: „Wir sind nicht der Auffassung, daß der neue Kurs in einem faulen Liberalismus besteht. Man darf unseres Erachtens auch im neuen Kurs nicht auf eine Lenkung und Klarheit verzichten.“<sup>35</sup>

Damit waren Grenzpfähle für die weitere Diskussion eingerammt, die einen sehr beschränkten Raum markierten. Das soll nicht heißen, daß sich der „Neue Kurs“ als der alte erwies, doch waren die Verbesserungen bescheiden. Die Kulturschaffenden erhielten vorübergehend größere Spielräume, auch wurde die Lenkung kultureller Prozesse moderater gehandhabt, es gab Erleichterungen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und im sozialen Bereich. Jedoch blieben die Forderungen nach Meinungspluralismus, nach Freiheit von Kunst und Wissenschaft unerfüllt. Unter dem Einfluß der Auffassungen von der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und der kulturell-erzieherischen Funktion des sozialistischen Staates blieben Strukturen und Wirkungsmechanismen bestehen, die eine wirklich demokratische Entwicklung der Kultur verhinderten. Wirklich „neu“ am „Neuen Kurs“ auf kulturellem Gebiet waren also lediglich die Methoden, am Wesen der praktizierten Kulturpolitik änderte sich nichts.

Generell unternahm die SED-Führung Schritte zur Stärkung der Staatsmacht, besonders der Sicherheitsorgane. In den Junitagen hatten sich in mehreren Betrieben Arbeiter bereit gefunden, Streiks zu verhindern und das Eindringen von Demonstranten ins Werksgelände abzuwehren. Aus diesen Initiativen entstanden mancherorts Arbeiterwehren, aus denen später die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ hervorgingen. Ferner begann der Aufbau von Polizei-Bereitschaften, wurden die Strukturen der Kasernierten Volkspolizei verändert und in den Be-

---

35 Zitiert nach: Das Blatt des Verbandes Bildender Künstler Deutschlands. Sonderausgabe 1953, Beilage, S. 9.



zirken und Kreisen Einsatzleitungen zur „Abwehr von Angriffen auf die Staatsordnung“ der DDR gebildet.

Der Schock, den die Juni-Ereignisse bei den Führungskräften der SED ausgelöst hatte, mündete also neben Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung in starkem Maße in Schritte zur Stärkung der inneren Sicherheit. Die demokratischen Rechte der Bürger, ihre Möglichkeiten zur Mitgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse blieben jedoch weiterhin begrenzt.

## Grundursachen und Lehren

Die Ereignisse des Juni 1953 hatten bei den führenden Kräften der DDR einen tiefen Schock bewirkt. Zugleich hatten sie zunächst die Machtstellung Walter Ulbrichts im Führungsgremium der SED erschüttert. Das zwang zum Nachdenken über die Ursachen des Massenprotestes. Schon vor den Ereignissen hatte die SED-Führung – auf das drängende Verlangen der KPdSU hin – die Situation selbstkritisch eingeschätzt, krasse Fehler benannt und die Verantwortung dafür übernommen. Doch gab es bei der Ausarbeitung einer neuen Politik viele Unklarheiten und Inkonsistenzen. Unmittelbar nach dem 17. Juni stellte dann die 14. Tagung des ZK der SED in ihrer Entschliebung unmißverständlich fest, daß die Partei schuld sei, wenn die Massen der Arbeiter ihre Politik nicht verstünden.

Diese Erkenntnis ergab sich zwingend aus dem Geschehen der vergangenen Tage. Die Arbeiter hatten drastisch zum Ausdruck gebracht, daß sie kein Vertrauen mehr zur SED besaßen, weil diese kein Verständnis für ihre Probleme zu haben schien. Daraus resultierte die Forderung nach dem Rücktritt der Regierung und nach freien Wahlen. Auch Vertreter der Intellektuellen wandten sich in scharfen Worten gegen das „Regime der Funktionäre“, forderten mehr Wirkungsmöglichkeiten für die Volksvertretungen und die Schaffung eines wirklichen Regimes des Volkes.

Otto Grotewohl hatte auf der 15. Tagung des ZK der SED im Juli 1953 eingeräumt, „daß wir uns immer weiter von der Masse der Arbeiter entfernten, ihre Wünsche und ihren Willen nicht mehr kannten, sie mit Phrasen abfertigten und schließlich ... das Vertrauen eines Teils der Arbeiter verloren“.<sup>36</sup> Den Intellektuellen versprach er, ihre kleinliche Bevormundung zu beseitigen, trat für einen offenen Meinungsaustausch unter ihnen ein und sicherte ihnen zu, sie könnten Lehre und Forschung entsprechend ihrer wissenschaftlichen Überzeugung betreiben.

Walter Ulbricht erklärte auf derselben Tagung, die Partei könne ihre führende Rolle nur verwirklichen, wenn sie „die Vorschläge und kritischen Hinweise der arbeitenden Menschen sorgfältig berücksichtigt, Mißstände entschieden beseitigt, sich feinfühlig zu den Menschen verhält und stets die demokratischen Rechte und die demokratische Gesetzlichkeit gewährleistet“. Das setze voraus, daß auch in der SED selbst „die innerparteiliche Demokratie und die Selbstkritik

---

36 Das 15. Plenum des Zentralkomitees der SED vom 24. bis 26. Juli 1953. Parteiinternes Material. Nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Hrsg. v. Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, S. 36.

und die Kritik von unten gewährleistet wird.“<sup>37</sup> Als weitere Fehler benannte er die Vernachlässigung der Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien und die schematische Übernahme von Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion.

Kaum erwähnt oder ganz übergangen wurden jedoch die in den zurückliegenden Jahren erfolgte Radikalisierung der Strafjustiz, die bei relativ geringfügigen Vergehen drastische Strafurteile gefällt hatte, sowie die Diskriminierung und Verfolgung von Menschen aus politischen, sozialen und weltanschaulichen Gründen. Betroffen davon waren beispielsweise Parteimitglieder, die des Sozialdemokratismus, des Trotzkismus oder anderer „Abweichungen“ beschuldigt worden waren, Bürger, die sozialen Schichten außerhalb der Arbeiterklasse angehörten, und Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ oder der „Zeugen Jehovas“.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Ein entscheidender Mangel der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR bestand darin, daß keine wirklich umfassende Demokratie herrschte.

Mit diesem von der Parteiführung mehr oder weniger verklausuliert eingeräumten Mangel hing ja auch das auslösende Moment der Erhebung zusammen. Die Arbeiter hatten vor allem die Rücknahme der im April 1953 administrativ verfügten Normerhöhungen gefordert sowie allgemein die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit den Dingen des Alltagsbedarfs. Diese Probleme waren in erster Linie deshalb entstanden, weil die DDR entsprechend sowjetischen Verlangens eine massive Verstärkung ihrer Sicherheitskräfte vorgenommen hatte, weshalb in den Forderungen aus der Arbeiterklasse auch die Notwendigkeit bewaffneter Streitkräfte überhaupt in Frage gestellt worden war. Auch die Intellektuellen beklagten schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen, außerdem die Nichteinhaltung der Verfassung und die fehlende Rechtssicherheit.

Daß die krasse Fehleinschätzung der sozialen und politischen Situation, die Ignorierung der Voraussetzungen für das weitere Vorankommen der gesellschaftlichen Entwicklung eine der Grundursachen für die Existenzkrise der DDR geworden war, gab Walter Ulbricht vor dem ZK der SED zu, wenn er ausführte: „Der entscheidende Fehler bestand darin, daß die Parteiführung nicht erkannte, daß unter den in der Deutschen Demokratischen Republik vorhandenen Bedingungen der Aufbau des Sozialismus nur allmählich erfolgen kann und mit einer ständigen Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Werktätigen verbunden sein muß. Höhere Aufgaben ... können nur in dem Maße in Angriff genommen und gelöst werden, wie die Menschen von ihrer Not-

---

37 Ebenda, S. 65/66.

wendigkeit überzeugt werden, und die Bedingungen für ihre Lösung geschaffen sind.“<sup>38</sup>

Diese Voraussetzungen allerdings waren nur in sehr begrenztem Maße durch die Führung der SED beeinflussbar. Das betraf hauptsächlich die ungünstige Ausgangsposition der DDR, die nur über geringe Rohstoffvorkommen verfügte, eine erhebliche Reparationslast zu tragen hatte und wegen der verheerenden Kriegsschäden in der Sowjetunion von dieser keine großzügige materielle Unterstützung erhalten konnte. Außerdem war die DDR in allen ausschlaggebenden Fragen von Entscheidungen der UdSSR abhängig. Es kamen noch weitere Faktoren hinzu, die hier jedoch nicht erörtert werden können, die trotz aller Einsatzbereitschaft vieler Millionen Menschen eine ausreichende Effektivität der Volkswirtschaft verhinderten und so den Gestaltungsspielraum der SED-Führung in materieller Hinsicht stark einengten.

Eine weitere Bedingung für ein Voranschreiten der gesellschaftlichen Entwicklung stellte das Bewußtsein der Menschen dar, ihre Haltung zur Gesellschaft, ihre Bereitschaft fürs Gemeinwohl tätig zu sein. Diese Voraussetzung wäre seitens der Parteiführung beeinflussbar gewesen und das wurde natürlich auch versucht. Doch erwiesen sich die diesbezüglichen Aktivitäten als nicht wirksam genug. Wer die Agitation und Propaganda der SED seit Ende der vierziger, besonders aber am Anfang der fünfziger Jahre erlebt hat, kennt das Plakative vor allem in der Agitation, die unerträgliche Vereinfachung und die Schwarz-Weiß-Bilder, wobei die Vielfalt der Erscheinungen zugunsten einer dogmatischen Darstellung des Wesens dieser Erscheinungsbilder sehr stark zurückgedrängt wurde. Dadurch litt die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der vorgetragenen Argumentationen erheblich.

Als gravierende Unterlassung ist die unzulängliche antifaschistische Erziehung der Menschen anzusehen. Natürlich unternahmen die antifaschistischen Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR ernsthafte Anstrengungen, die Verbrechen und die Demagogie der Faschisten aufzudecken und anzuprangern, versuchten sie, ihre ethisch-moralischen Werte und Normen den breiten Massen zu vermitteln, doch geschah das letztlich nicht tiefgehend genug. Zu vieles blieb im Plakativen stecken, vielfach fehlte es an geduldiger Überzeugungsarbeit, die sich auch durch zeitweilige Rückschläge nicht entmutigen ließ, am Verständnis für die vielschichtigen ideologischen Probleme der Menschen. Erscheinungsformen des Alltagsdenkens und -verhaltens aus der NS-Zeit, die Haltung des Anpassens, des gedankenlosen Mitschwimmens im Strom der Zeit wurden zu wenig erkannt und bekämpft. Daher entstanden zu selten aus auf-

---

<sup>38</sup> Ebenda, S. 65.

kommenden, noch ungefestigten antifaschistischen Tendenzen, Eindrücken und Gefühlen echte, gefestigte antifaschistische Haltungen.

Als Ministerpräsident Otto Grotewohl auf der 15. Tagung des ZK der SED Lehren aus den Ereignissen zog, nannte er an erster Stelle der begangenen Fehler die „Unterschätzung der nationalen Frage“: „Die nationale Frage hat aber für das deutsche Volk erstrangige und aktuelle Bedeutung; denn Deutschland ist gespalten, und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist die entscheidende Lebensfrage für unser Volk.“<sup>39</sup> In den Forderungskatalogen der protestierenden Betriebsbelegschaften nahm diese Problematik allerdings nur eine untergeordnete Position ein. In manchen kam sie gar nicht vor, in anderen wurde nur ganz allgemein die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands oder der Wegfall der Zonengrenzen verlangt. Konkreter waren die Forderungen einer Gewerkschaftsgruppe im VEB Carl Zeiss Jena vom 7. Juli 1953 nach „Wegfall der Beschlagnahme der Paketpost aus dem Westen“ und nach „Lockerung und schnellere Abfertigung der Pässe, Aufenthaltsgenehmigungen“<sup>40</sup>. Deutlicher drückte sich ein Arbeiter aus dem Keramischen Werk Neuhaus-Schierschnitz (Kr. Sonneberg) aus, der in seinem Betrieb mit vier Forderungen auftrat, von denen eine „Geheime und freie Wahlen für ganz Deutschland“ lautete.<sup>41</sup> Bei diesen Formulierungen ist zu berücksichtigen, daß sie (zumindest im allgemeinen) denjenigen glichen, die auch in Agitation und Propaganda der SED Anfang der fünfziger Jahre erhoben worden waren.

Anders sah das schon bei dem Verlangen nach dem „Bezug auch von westdeutschen Zeitungen, Büchern und Broschüren“<sup>42</sup> aus, das im VEB Werkzeugmaschinenbau Steinbach-Hallenberg (Kr. Schmalkalden) formuliert wurde, oder bei der Forderung nach „Zulassung sämtlicher großer demokratischer Parteien Westdeutschlands“<sup>43</sup>, die vom Streikkomitee Bitterfeld erhoben wurde. Insofern ist die folgende Aussage aus einer Forschungskonzeption der Akademie der Wissenschaften der DDR aus dem Jahre 1990 zu akzeptieren: „Direkt restaurative und demzufolge auf den Anschluß an die BRD hinauslaufende Bestrebungen konnten sich am 17. Juni 1953 kaum artikulieren. Doch ohne den Ausnahmezustand hätten sich solche Tendenzen sehr bald ausgeprägt und wachsenden Einfluß erlangt ...“<sup>44</sup>

Bei der Analyse der Ursachen für die Juni-Ereignisse widmete die SED-Führung den Einwirkungen und Aktivitäten des Klassegegners breiten Raum.

---

39 Ebenda, S. 5/6.

40 Zitiert nach: Andreas Karmrodt, Der 17. Juni 1953 in Jena..., a.a.O., S. 33.

41 Zitiert nach: Norbert Moczarski, Der 17. Juni 1953 im Bezirk Suhl, a.a.O., S. 26.

42 Zitiert nach: Ebenda, S. 23.

43 Zitiert nach: Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR, a.a.O., S. 228.

44 17. Juni 1953, hefte zur ddr-geschichte 7, Berlin 1993, S. 7/8.

Diese waren tatsächlich seit Jahren in großem Umfang und in vielfältigen Formen existent. Noch am 16. Juni 1953 rief ein Kommentar im Sender RIAS Berlin faktisch zur Beseitigung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR auf, als er formulierte: „Was die Bevölkerung Ostberlins und der Sowjetzone heute will und was sie durch die ihr gegebenen Kampfmittel als erreichbar ansieht, ist nicht mehr und nicht weniger als das Ende der totalitären Herrschaft der deutschen Satelliten des Kremls.“<sup>45</sup> In seinen Ausführungen auf der 15. Tagung des ZK der SED warf Grotewohl dem Ministerium für Staatssicherheit vor, im Kampf „gegen feindliche Diversions- und Agententätigkeit“ versagt zu haben. Es hätte von den „Agentennestern“ in der DDR keine Kenntnis gehabt. Er rief zur „Aktivierung des prinzipiellen Kampfes gegen die bürgerliche Ideologie, gegen den Sozialdemokratismus“ auf. Seiner Auffassung nach sollte er zwar „in geduldiger Überzeugungsarbeit“ geführt werden<sup>46</sup>, doch sah die Praxis völlig anders aus. Gegen Mitglieder der SED, die – zum großen Teil aus den Traditionen des Kampfes der Arbeiterbewegung heraus – an der Bewegung des 16./17. Juni aktiv teilgenommen hatten, wurden Parteiverfahren durchgeführt. Die SED-Führung wandte sich scharf gegen eine „Fehlerdiskussion“ und betrieb eine Diffamierungskampagne gegen diejenigen Genossen der Parteiführung, die eine grundlegende Änderung des Führungsstils der Parteispitze gefordert hatten.

Es zeigt sich also, daß die Führung der SED viele der Ursachen der Unruhen erkannt hatte, aber nur wenige der daraus zu ziehenden Lehren wirklich befolgte. Eine von ihnen bestand darin, künftig keine Verschlechterung der Lebenslage der Bevölkerung zuzulassen. Die Verwirklichung der Maßnahmen des „Neuen Kurses“ wirkte zweifellos beruhigend auf die Menschen. Neben der Verbesserung der materiellen Lage waren auch Zugeständnisse an Massenbedürfnisse in kulturpolitischer Hinsicht und Lockerungen in der Kunstpolitik zu verzeichnen; die Intellektuellen und ihre Organisationen erhielten größere Wirkungsmöglichkeiten.

Die SED-Führung sah es als eine weitere wichtige Lehre an, den Einwirkungen des Klassegegners besser vorzubeugen und sie erfolgreicher abzuwehren. Dazu wurde der Apparat der Sicherheitsorgane ausgebaut und perfektioniert sowie jede innerparteiliche Opposition ausgeschaltet. Typisch für die künftige politische Linie der SED-Führung war demnach die Verbindung von selektiver Repression mit einer Anhebung des Lebensstandards.<sup>47</sup>

---

45 Zitiert nach: Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR, a.a.O., S. 224.

46 Das 15. Plenum ..., a.a.O., S. 32.

47 Vgl. Stefan Bollinger, Die verschleppte Entstalinisierungskrise. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte ..., a.a.O., S. 161.



Es erhebt sich natürlich die Frage, weshalb die SED-Führung gerade die entscheidenden – zum Teil von ihr selbst benannten – Lehren der Juni-Ereignisse nicht befolgte. Die Hauptursache besteht zweifellos darin, daß es ihr unabdingbar schien, die einmal errungene Macht dauerhaft zu sichern. Macht war zwar unerlässlich für die Durchführung der erforderlichen revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft. Doch konnte sie nur dann stabil sein, wenn sie sich auf das Vertrauen der Mehrheit des Volkes stützen konnte. Das von der Sowjetunion übernommene Gesellschaftsmodell stellte jedoch keineswegs eine Diktatur der Arbeiterklasse, ja nicht einmal eine der Partei dar, sondern lediglich die der engeren Parteiführung. Im Rahmen dieses gesellschaftlichen Systems konnten die entscheidenden Lehren der Ereignisse also gar nicht befolgt werden. Denn unter den Bedingungen des kalten Krieges, der anhaltenden feindseligen Einwirkungen imperialistischer Kräfte auf die DDR einerseits und der Abhängigkeit der DDR in allen existenziellen Fragen von der Sowjetunion andererseits sowie der engen Verflechtung von Partei und Staat, konnten Forderungen nach Rücktritt der Regierung oder nach freien Wahlen die Existenz der DDR in Frage stellen.

Die eigentliche Frage der weiteren Entwicklung des Sozialismus, die von Bertolt Brecht angemahnte „große Aussprache“, die Entwicklung zu einer Demokratie nicht nur *für*, sondern *durch* die Werktätigen, wurde verdrängt. So blieben letztlich Strukturen und Mechanismen eines autoritären, staatsbürokratischen Sozialismus im Kern erhalten.

## **Provokation? Putschversuch? Arbeiterprotest? Volksaufstand?**

Was an jenen Juni-Tagen geschah, wurde sogleich höchst verschieden benannt und bewertet.

Ministerpräsident Otto Grotewohl erklärte die Unruhen noch am 17. Juni zu einem „Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen“. Bundeskanzler Konrad Adenauer wiederum sprach gleichen Tags von einer „großen Bekundung des Freiheitswillens des deutschen Volkes“, beanspruchte diese aber als Votum für die Politik der Bundesregierung. So begann auf beiden Seiten die jeweils zweckbestimmte politische Ausdeutung.

Die DDR-Historiker hielten sich an die Vorgaben von Grotewohl und Ulbricht. Das ist nicht nur mit Staats- und Parteidisziplin zu erklären. Was zunächst wohl wirksamer war: Anscheinend stimmte jene Bewertung! Jedenfalls paßte sie zu dem, was viele von ihnen – auch der Verfasser des vorliegenden Beitrages – als Oberschüler, Studenten oder junge Assistenten auf der Straße erlebt hatten. Die Gewalttätigkeit, mit der sich der Protest da äußerte, die Exzesse, die in einigen Fällen bis zur Lynchjustiz gingen, waren schockierend und prägten sich tief ein. Von dort her bezog das Diktum vom faschistischen Putsch seine Überzeugungskraft. Die Gegensätze zwischen Arbeiterklasse und Partei, soweit wir sie überhaupt wahrnahmen, erklärten wir uns aus der Rückständigkeit größerer Teile der Klasse, aus nachwirkenden Einflüssen der NS-Ideologie oder Befangenheit in bürgerlich-parlamentarischen Traditionen, jedenfalls als Ausfluß westlicher Hetze gegen unseren Staat. Letztlich war es eben der Klassenfeind, den wir in all dem zu erkennen meinten. Und von dessen Allgegenwart und Heimtücke zeugten gerade die Plötzlichkeit, Vielzahl und Gleichzeitigkeit der Streiks und Demonstrationen. – So schien es uns.

Die Parteiführung wußte es besser. In der am späten Abend des 21. Juni beginnenden Sitzung des Zentralkomitees hatte Grotewohl eingestanden: „Die gegenwärtige Situation ist das Ergebnis der fehlerhaften Politik unserer Partei.“ Fred Oelßner bekräftigte: Die meisten Arbeiter gingen nicht deshalb auf die Straße, „weil sie faschistischen Provokateuren gefolgt sind, sondern weil sie all die Wut und Erbitterung zum Ausdruck bringen wollten, die in all diesen Jahren in ihnen aufgespeichert wurde.“ Anton Ackermann forderte, dafür müsse „die Führung der Partei sich vor der Partei, vor der Arbeiterklasse ... verantworten.“ Und das ZK stellte in seiner Entschließung fest: „Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter.“<sup>48</sup> Rudolf

---

48 Alle Zitate dieses Abschnitts nach: SAPMO/BA, DY 30, IV/2/1/246.

Herrnstadt, der das zu Papier gebracht hatte, blieb bei dieser Selbstkritik auch, als er den Beschluß für die nächste, die 15. ZK-Tagung konzipierte: Mißachtung und Bevormundung der Werktätigen, Bürokratismus und Personenkult, Dogmatismus und Sektierertum bezeichnete er als die wichtigsten Gründe, durch die sich die Partei von den Massen entfernt hatte.

In die offizielle Parteigeschichte ging das nicht ein. Die erste ausführliche Darstellung erfuhr die Juni-Erhebung in Band 7 der 1966 erschienenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, die letzte in dem Band 3 der „Geschichte der SED“, dessen Manuskript 1988 in der Parteiführung diskutiert, der dann aber nicht mehr fertiggestellt wurde. Die Unterschiede zwischen den beiden Darstellungen sind unwesentlich. Beide blieben dabei, daß es sich um einen gescheiterten „Putsch“ gehandelt hätte, der nun aber nicht mehr „faschistisch“<sup>49</sup>, sondern „konterrevolutionär“ hieß. Diese Sprachregelung blieb verbindlich. Sie verhinderte zwar nicht, daß manche DDR-Historiker zu anderen Auffassungen gelangten und sie intern auch vertraten, machte jedoch deren Veröffentlichung unmöglich.

Heinz Heitzer, der die entsprechenden Kapitel in allen größeren Darstellungen geschrieben oder redigiert, zumindest aber begutachtet hatte, enthielt sich bis Ende 1989 jeder Neubewertung. Dann räumte er ein: Es gibt „keine eindeutigen Belege“ dafür, daß „im Frühjahr 1953 von US-amerikanischen und bundesdeutschen Stellen unmittelbar und stabsmäßig auf einen konterrevolutionären Putsch“ in der DDR hingearbeitet worden wäre und sie der Neue Kurs der SED dazu veranlaßt hätte, „die Auslösung zu beschleunigen“.<sup>50</sup> Es ging ihm, wie er bekannte „nicht leicht von der Zunge“: „Hauptursache“ der Krise im ersten Halbjahr 1953 waren „gravierende Fehlentscheidungen der SED“, und was am 17. Juni stattfand, war eine „hauptsächlich von der Industriearbeiterschaft getragene Erhebung gegen die Verschlechterung ihrer Lage“. „Die ... ‘basisdemokratischen’ Organisationsformen, die scharfe Kritik am autoritären, bürokratischen Leitungsstil von Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen reflektierten zugleich eine Auflehnung gegen Machtstrukturen, Mechanismen und Methoden, die wir heute als stalinistisch erkannt haben.“<sup>51</sup> – Heinz Heitzer steht wohl nicht im Verdacht, ein Wendehals gewesen zu sein. Biographie und Charakter hätten ihm die Anpassung auch dann verboten, wenn er nicht 1990 einer Herzkrankheit wegen invalidisiert worden wäre, der er im April 1993 erlag.

---

49 So nachzulesen im Band 7, S. 232.

50 Heinz Heitzer, Arbeiterprotest, Putsch oder Volksaufstand? In: Brüche, Krisen, Wendepunkte..., a.a.O., S. 126.

51 Ebenda, S. 132 u. 136/137.

Soviel also konnten Historiker in der DDR wissen, ohne am Werderschen Markt oder in der Normannenstraße SED- und MfS-Akten gelesen zu haben, die bis 1990 auch Heinz Heitzer verschlossen blieben. Daß der Nachweis stabsmäßiger Vorbereitung und Auslösung eines Putsches mißlungen war, ließ sich bei kritischer Lektüre schon im Juni 1954 den ND-Berichten über die Verhandlungen des Obersten Gerichts der DDR gegen Silgradt u.a. entnehmen. In seiner Deutlichkeit verblüfft dennoch das erst eingangs der 90er Jahre bekannt gewordene Eingeständnis des Staatssekretärs Ernst Wollweber vom Dezember 1953, demzufolge es dem MfS nicht gelungen war, „die Hintermänner und die Organisatoren des Putsches ... festzustellen“.

Edward Kardelj, ein maßgebender jugoslawischer Politiker und Theoretiker des Selbstverwaltungssozialismus, hatte schon im Juni 1953 den „Klassenprotest des deutschen Arbeiters gegen die staatskapitalistischen Verhältnisse“ gewürdigt, gegen Verhältnisse, „die ihm von der Besatzung ... als ‚sozialistisch‘ und ‚proletarisch‘ aufgezwungen wurden, die er aber nicht als ‚proletarisch‘, noch als ‚sozialistisch‘ anerkennt“. In der Belgrader Zeitung „Borba“ schrieb Kardelj diesem Protest „historische Bedeutung“ zu.<sup>52</sup> Die westdeutsche „Gruppe Arbeiterpolitik“, die in der Tradition der von Heinrich Brandler und August Thalheimer geführten KPD (Opposition) stand, äußerte zugleich die Hoffnung auf das „revolutionäre Erwachen des deutschen Proletariats“. Dem widersprach Isaac Deutscher, ein polnischer Kommunist, der schon seit langem in England als Historiker tätig und vor allem durch seine Stalin-Biographie (1949) bekannt geworden war: Von einem „Erwachen des deutschen Proletariats“ könne schon deshalb keine Rede sein, weil es im Westen völlig passiv geblieben sei. Diese Apathie sowie der Umschlag des ökonomischen Kampfes in eine politische, gegen das SED-Regime gerichtete Revolte hätten dem Westen einen Punktsieg im Kalten Krieg verschafft und die Position Adenauers gefestigt. Daher „tendierte eine Aktion, die alle äußeren Anzeichen einer revolutionären Tat besaß, dazu, in die Hände der Konterrevolution zu spielen“.<sup>53</sup>

Nun wäre das nicht die erste revolutionäre Aktion gewesen, die das Gegenteil des Erstrebten zur Folge hatte. Doch wenn man dieser Massenerhebung gerecht werden will – ihrer Spontaneität und Dynamik, ihrer Formenvielfalt, ihrer Führungs- und Planlosigkeit sowie der Unbestimmtheit ihrer fernerer Ziele –, kann man sie wohl weder als Revolution noch als Konterrevolution bezeichnen.

Arnulf Baring, dessen in nur zwei- bis dreijähriger Distanz entstandene Magisterarbeit zum ersten Standardwerk wurde, äußerte die „Überzeugung, daß es

---

52 Zitate nach: Heidi Roth, Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln 1999, S. 89/90.

53 Zitiert nach: Ludger Syre, Isaac Deutscher – Marxist, Publizist, Historiker. Sein Leben und Werk 1907–1967, Hamburg 1984, S. 212/213.

sich beim Juni-Aufstand ... im wesentlichen um eine Erhebung der Arbeiter gehandelt hat“.<sup>54</sup> (Wollten wir dafür herkömmliche Begriffe benutzen, müßten wir wohl sagen: Marxistische Historiker überließen es den bürgerlichen, den Klassencharakter der Protestbewegung zu entdecken.) Die ganze soziale Breite der Erhebung, insbesondere die starke Beteiligung des wissenschaftlich- und ingenieur-technischen Personals von Großbetrieben sowie der Landbevölkerung vor allem in Industriegebieten, ließ sich nur in lokal- und regionalgeschichtlichen Forschungen ermitteln, die erst in den 90er Jahren möglich und vor allem von Angelika Klein (vormals Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) und Heidi Roth (vormals Karl-Marx-Universität Leipzig) betrieben wurden. Letztlich bestätigen sie, was Christoph Kleßmann bereits lange zuvor (damals noch in Bielefeld) geschrieben hatte, daß der 17. Juni „von seinen auslösenden und tragenden Kräften her unzweifelhaft ein Arbeiteraufstand war, der freilich in Ansätzen bereits einen möglichen Umschlag in einen politischen Volksaufstand erkennen ließ.“<sup>55</sup>

---

54 Arnulf Baring, Der 17. Juni 1953. Hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1957 (Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland), S. 5.

55 Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1982, S. 277.

## Literaturauswahl

Baring, Arnulf: Der 17. Juni 1953. 2. Aufl., Stuttgart 1983.

Barthel, Horst: Die Versorgungskrise. Bevölkerungsversorgung und Systemstabilisierung im Umfeld des 17. Juni 1953. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte. Hrsg. Jochen Cerný, Leipzig/Jena/Berlin 1990, S. 110–116.

Benser, Günter: Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde. Eine Rückschau auf die II. Parteikonferenz der SED mit Dokumentenanhang. hefte zur ddr-geschichte 75, Berlin 2002.

Bollinger, Stefan: Die verschleppte Entstalinisierungskrise. Ein politikwissenschaftlicher Vergleich zwischen 1953 und 1989. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte ..., a.a.O., S. 156–162.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Bd. III, Berlin 1952, Bd. IV, Berlin 1954.

Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991.

Eisensee, Arnold: Funkstudio Stalinallee. In: Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953. Hrsg. Unabhängige Autorengemeinschaft „So habe ich das erlebt“, Schkeuditz 1999, S. 195–343.

Hagen, Manfred: DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992.

Hande, Walter/Leucht, Hans: 17. Juni 1953: Die Ereignisse in Gera, Jena 2003.

Heitzer, Heinz: Arbeiterprotest, Putsch oder Volksaufstand? Ursachen und Charakter des Juni-Konflikts 1953. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte ..., a.a.O., S. 125–138.

Das Herrnsstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953. Hrsg., eingel. u. bearb. v. Nadja Stulz-Herrnsstadt, Reinbek b. Hamburg 1990.

Hübner, Peter: Löhne und Normen. Soziale Spannungen und Konflikte im Vorfeld des 17. Juni 1953. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte ..., a.a.O., S. 118–125.

Huschner, Anke: Der 17. Juni 1953 an Universitäten und Hochschulen der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), H. 5/1991, S. 681–692.



Karmrodt, Andreas: Der 17. Juni 1953 in Jena. Volk – Polizei – Partei. Hrsg. v. Landesbeauftragten d. Freistaates Thüringen f. d. Unterlagen d. Staatssicherheitsdienstes d. ehem. DDR, Erfurt 1997.

Klein, Angelika: Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle. In drei Heften hrsg. v. Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V., Potsdam 1993.

„Die Kommandeuse“. Erna Dorn zwischen Nationalsozialismus und Kaltem Krieg. Hrsg. u. eingel. v. Jens Ebert u. Ina Eschenbach, Berlin 1994.

Knoth, Nikola: Loyale Intelligenz? Vorschläge und Forderungen 1953. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte ..., a.a.O., S. 149–156.

Lemke, Michael: BRD: „Freiheit vor Einheit“. Westintegration als politisches Grundmuster bundesrepublikanischer Entwicklung 1949–1955. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte ..., a.a.O., S. 72–81.

Moczarski, Norbert: Der 17. Juni 1953 im Bezirk Suhl. Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkungen. Versuch einer historiographischen Skizze anhand archivalischer Quellen. Hrsg. v. Landesbeauftragten d. Freistaates Thüringen ..., Erfurt 1996.

Otto, Wilfriede: Eine edle Idee im Notstand. Zur Zweiten Parteikonferenz der SED im Juli 1952 (mit zwei Dokumenten). In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2002/II, S. 4–22.

Diess.: Dokumente zur Auseinandersetzung in der SED 1953. In: BzG, H. 5/1990, S. 655–672.

Prokop, Siegfried: Das Jahr 1953 – vertane Chance? In: Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17./18. November 1990, Berlin 1991, S. 59–67.

Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. M. e. einl. Kapitel v. Karl Wilhelm Fricke, Köln 1999.

Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. Hrsg.: Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle, Berlin 1995.

Scherstjanoi, Elke: Sowjetische Reaktionen auf die Zweite Parteikonferenz der SED 1952 (mit Dokumentation) In: JahrBuch ..., a.a.O., S. 23–34.

Diess.: „Wollen wir den Sozialismus?“. Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953. In: BzG, H. 5/1991, S. 658–680.

Schulz, Dieter: Der Weg in die Krise 1953. hefte zur ddr-geschichte 7, Berlin 1993.

Ders.: Ruhe im Dorf? Die Agrarpolitik von 1952/53 und ihre Folgen. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte ..., a.a.O., S. 103–110.

Schulz, Eberhart: Zwischen Identifikation und Opposition. Künstler und Wissenschaftler der DDR und ihre Organisationen von 1949 bis 1962, Köln 1995.

SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbund-Protokolle. Hrsg. v. Magdalena Heider u. Kerstin Thöns, Köln 1990.

„17. Juni 1953“. Willy Müller: Die Situation der Bauarbeiter in der Stalinallee und der Verlauf der Berliner Demonstrationen vom 16. und 17. Juni 1953 in Berichten gewerkschaftlicher Beobachter. Dagmar Semmelmann: Zeitzeugen über *ihren* 17. Juni 1953 in Berlin. hefte zur ddr-geschichte 7, Berlin 1993.

Der 17. Juni 1953 in Gera. Hrsg.: Kreisvorstand d. PDS Gera, o. O. (Gera) 1993.

Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen v. Wilfried Loth, Hermann Graml u. Gerhard Wettig. Hrsg. v. Jürgen Zarusky, München 2002.

Steininger, Rolf: Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn 1985.

Stöckigt, Rolf: Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953. In: BzG, H. 5/1990, S. 648–654.

Ders.: Direktiven aus Moskau. Sowjetische Einflußnahme auf DDR-Politik 1952/53. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte ..., a.a.O., S. 81–88.

Tatzkow, Monika: Privatindustrie ohne Perspektive. Der „Versuch zur Liquidierung der mittleren privaten Warenproduzenten“. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte ..., a.a.O., S. 97–103.



Zur weiterführenden Beschäftigung mit dem Gegenstand empfiehlt der Herausgeber auch folgende beim Thüringer Forum erschienene Publikationen:

Das Jahr 1952: Europa am Scheideweg. Vergebliche Suche nach Alternativen in Ost und West. Dokumentation zweier Konferenzen von Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. und „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. (Jena und Berlin 2002), 188 S., Jena 2002. Hrsg.: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.  
ISBN 3-935850-16-6

Walter Hande/Hans Leucht: 17. Juni 1953. Die Ereignisse in Gera, 40 S., Jena 2003. Hrsg.: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.  
ISBN 3-935850-15-8

Zu beziehen über:

THÜRINGER FORUM für Bildung und Wissenschaft e.V.

Käthe-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena

Tel.: 03641-449432; Fax: 03641-426553

e-mail: [vorstand@thueringer-forum.de](mailto:vorstand@thueringer-forum.de)

<http://www.thueringer-forum.de>

ISBN 3-935850-14-X